

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährig 192.—

Rückzahlung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erstehe mit Ausnahme
des Montag täglich früh

6. Jahrgang.

Mittwoch, 10. März 1926.

Nr. 59.

Und wieder Gewalt!

Der Unterausschuss des Staatsangestellten-
ausschusses des Abgeordnetenhauses hat gestern
rasche Arbeit getan. Aber kann man dies
überhaupt „Arbeit“ nennen? Zu Beginn
der Sitzung verkündete der Vorsitzende, der
tschechisch-agrarische Abgeordnete Malik, die
dem Unterausschuss zur Durchberatung über-
wiesenen drei Vorlagen betreffend die Regulie-
rung der Bezüge der Staatsangestellten der
Lehrer und der Distriktsärzte müßten noch
am selben Tage fertiggestellt werden. Gegen
diese Durchpeitschung der drei umfangreichen
Gesetzeswerke wurde von dem Vertreter der
deutschen Sozialdemokraten energischster Ein-
spruch erhoben, aber was nützte es, die Koalition
hatte beschlossen, mit den Vorlagen kurzen
Prozess zu machen und jedes weitere Ver-
handeln über sie zu verhindern. Damit war
auch ihr Schicksal schon besiegelt, die Abstim-
mungsmaschine trat in Aktion und in ein-
einhalb Stunden waren alle drei
Vorlagen beschlossene Sache. Wozu
man sich erst zu der Einsetzung des Unteraus-
schusses entschlossen hat, wenn man, wie sich
nun zeigt, von vornherein nicht willens war,
eine gründliche oder auch nur einigermaßen
ernsthafte Beratung der Vorlagen vorzunehmen,
ist unerfindlich, denn nun gelangen die Vor-
lagen an den Staatsangestelltenausschuss in so
gut wie unveränderter Form zurück. Nach dem
Vorgang im Unterausschuss zu schließen, ist
kaum mehr darauf zu rechnen, daß der Staats-
angestelltenausschuss und noch weniger das
Haus eine Aenderung vornehmen wird, was
schon daraus hervorgeht, daß beabsichtigt ist,
die Staatsangestelltenvorlagen im Abgeord-
netenhaus bis spätestens zum
17. März zu verabschieden. Die Re-
gierung und die Koalition sind also entschlossen,
von ihrer, wenn auch kleinen Mehrheit rich-
tichtslos Gebrauch zu machen, alle Wünsche,
Beschwerden und Vorstellungen der Staats-
angestellten zu ignorieren und die Vorlage mit
allen ihnen anhaftenden Mängeln und Härten,
kostete es was es wolle, durchzupeitschen!

In den Kreisen der Staatsangestellten und
nicht minder der Lehrer, hat die beabsichtigte
Art der Gefährdung einer großen Er-
regung hervorgerufen, die bisher dadurch ge-
dämpft wurde, daß die Hoffnung genährt
wurde, die Vorlagen seien kein letztes Wort
und die Regierung werde dem Drängen nach
Beseitigung der in den Vorlagen enthaltenen
Angerechtigkeiten wenigstens zum Teile Rech-
nung tragen. In den letzten Tagen und Wochen
haben im Parlamente zahlreiche Abordnungen
von Staatsangestelltengruppen und Organisa-
tionen bei den Mitgliedern der Regierung, den
Abgeordneten und den Klubs der Parteien
vorgesprochen, um ihre Forderungen nach Ver-
besserung der Bestimmungen vorzubringen.
Die Klagen über ungerechtfertigte Zurück-
setzung, besonders der niedrigeren Kategorien
wurden immer lebhafter und dringender und
eben dies war der Grund, daß die
Regierung wieder einmal ihre
starke Faust zeigte und die rasche
Erledigung der Vorlagen im Unterausschuss
veranlaßte. Die Klagen und Wünsche sollen
zum Verstummen gebracht werden, indem man
die Staatsangestellten vor fertige Tatsachen
stellt. Die alte „Frisch Vogel oder stirb“-Methode
der Koalition wird wieder angewendet, um
Ruhe zu haben und jeden weiteren Versuch, die
Vorlagen zu verbessern, vorzubeugen. Der
Unterausschuss hat prompte Arbeit geleistet, der
Staatsangestelltenausschuss und das Plenum
des Abgeordnetenhauses werden ihnen darin
nicht nachsehen. Wer die Gepflogenheiten der
Regierung und ihrer Mehrheit, und wer die
Möglichkeiten der Geschäftsordnung kennt, der
weiß, daß die Absicht der Regierung, die Vor-
lagen binnen wenigen Tagen restlos zur Er-
ledigung zu bringen, auch verwirklicht werden
wird. Wieder springt der ungeheure Unterschied
zwischen den Verhandlungsmethoden eines
wirklichen Parlamentes und dem Aus-
sichtsbild des Koalitionsabsolutismus, das sich
tschechoslowakisches Parlament nennt, in die

Gegen nackte Gewalt und Polizeiwilfür!

Eine Sitzung des Partei-Vollzugsausschusses.

Sonntag, den 7. und Montag, den 8. März,
sah in Tepliz eine Sitzung des Vollzugsaus-
schusses statt, die der Erörterung der politischen
Situation und der letzten politischen Ereignisse
galt und die sich naturgemäß auch mit der
Prager Explosionskatastrophe und
den Vorgängen in Karlsbad und
Fischern beschäftigte. Nach einem eingehenden
Bericht des Parteivorstehenden wurde der tiefen
Trauer über das Prager Unglück Ausdruck
gegeben und unsere politischen und parlamentari-
schen Instanzen beauftragt, eine strenge Un-
tersuchung aller Umstände, die zu dem Un-
glück geführt hatten, zu verlangen, alle notwen-
digen Garantien gegen etwaige
Wiederholung zu fordern, und vor allem
darauf zu sehen, daß die schuldigen Organe
zur Verantwortung gezogen werden.

Ueber die Vorgänge in Karlsbad und
Fischern sprach der Vollzugsausschuss seine
tiefste Entrüstung aus und stellte mit Be-
dauern fest, daß wie in den schlimmsten Tagen
Österreichs auch in der Tschechoslowakei heute
wieder nackte Gewalt und Polizeiwilfür
für herrscht, die sich in der ärgsten Weise gegen
die Bevölkerung ausdrückt und auch vor wehr-
losen Greisen, Frauen und Kindern nicht Halt
macht. Das haben die Vorfälle in Karlsbad und
Fischern gezeigt, wo die Polizeiorgane die Menge

überfielen und auf das schwerste mißhandelten,
wiewohl der Leiter der Karlsbader Polizei kurz
zuvor den Zug vor die Bezirksverwaltung frei-
gegeben hatte. Der Versuch, das Vorgehen der
Polizei mit erhabenen Behauptungen von einem
Angriff der Bevölkerung auf die Polizei zu ent-
schuldigen, muß mit aller Entschiedenheit zurück-
gewiesen werden.

Geradezu empörend ist die Verhän-
gung des Ausnahmezustandes in
Fischern und die gleichzeitig erfolgte An-
drohung des Standrechtes. Für diese
Maßnahmen, welche in das Leben der Bevöl-
kerung auf das schwerste eingreifen, die bürger-
lichen Rechte der durch den Ausnahmezustand be-
troffenen Arbeiterschaft völlig ausschalten, liegt
auch nicht der geringste Anlaß vor, und
es muß der unbegreifliche Schritt der Regierung,
die ganz unerhörte Provokation empfunden
werden, für die sie im Parlament zur Rechens-
chaft gezogen werden wird.

Nachdem der Vollzugsausschuss sachgemäße
Beschlüsse zu diesem Gegenstand gefaßt und den
Bericht des Sekretariates über den bisherigen
Verlauf der Protestaktion entgegengenommen
hatte, erledigte er eine ganze Reihe weiterer in-
terner und Partei-Angelegenheiten.

Durchpeitschung der Beamtenvorlagen im Subkomitee.

Eine abgetarnte Komödie. — Ueberhaupt keine meritorischen Beratungen.
Schärfster Protest des Genossen Taub.

Bekanntlich hat der sozialpolitische Ausschuss
zur Beratung der Vorlagen zur Regelung der Be-
züge der Staatsbeamten, Angestellten und Be-
diensteten, der Volks- und Bürgerschullehrer und
der Distrikts- und Gemeindefürsorge ein Sub-
komitee eingesetzt. Um welche Materie es sich
hiesbei handelt, mag daraus ersen werden, daß
die erste Vorlage 216, die zweite Vorlage 47 und
die dritte 5 Paragraphen umfaßt. Ueberdies han-
delt es sich um eine so schwerwiegende
Materie, daß zu einer ernsten Beratung der
Vorlage auch bei einer beschleunigten Behandlung
ein Zeitraum von einigen Mon-
aten erforderlich gewesen wäre. Nun hat
der Unterausschuss die erste Sitzung am Mittwoch
abgehalten, worauf dann die Beratung bis auf
den heutigen Tag verschoben wurde. War es
schon befremdend, daß innerhalb dieser Zeit der
Unterausschuss nicht zusammengetreten ist, so
war es noch auffällender, daß Zeitungsnachrichten

furtierten, nach welchen die Vorlagen noch bis zu
Ende dieses Monats parlamentarisch verabschie-
det werden sollen. Wir waren uns darüber klar,
daß bei einem legalen parlamentarischen Vorgang
dieses Ziel nicht zu erreichen ist.

Bei der Eröffnung der heutigen Sitzung hat
nun der Berichterstatter, der Abg. Malik, er-
klärt,

daß die Vorlagen unbedingt in der heutigen
Sitzung verabschiedet werden müssen

und daß eventuell der Unterausschuss die ganze
Nacht über tagen müsse. Gegen diesen Vorgang
hat

Genosse Taub

den schärfsten Protest eingelegt. Er hat
u. a. ausgeführt:

Es ist unfaßbar, daß der Referent mit
einer derartigen Zumutung an den Ausschuss

Augen. In jedem Parlament, das nicht bloß
Kulisse der Diktatur ist, hätte eine
Beratung so großer Gesetzeswerke, wie es die
Staatsangestelltenvorlagen sind, Monate in
Anspruch genommen, bei uns ist man, wenn
man will, in ebensoviel Tagen damit fix und
fertig. Die Regierung will eben keine Be-
ratung, will keine Aenderung, und was die
Staatsangestellten denken, fühlen und sagen,
das ist ihr Sekula, sie will nur diktiert und
sie tut dies diesmal zum Schaden des großen
Teiles der Menschen, denen die Staatsverwal-
tung anvertraut ist.

Mit der Regulierung der Bezüge sollte an
den Staatsangestellten ein altes, von der Re-
gierung begangenes Unrecht gutgemacht werden
Die Staatsangestellten waren ihr seinerzeit das
Versuchskaninchen für die sogenannte Verbilli-
gungspolitik, die bekanntlich schmächtig miß-
lungen ist. Schon längst hätte die Regierung
aus diesem Mißlingen ihres unsinnigen Ein-
satzes, durch Herabdrückung der Lebenshaltung
von hunderttausenden Menschen der kranken
Volkswirtschaft aufzuheben, die Konsequenzen
ziehen und das an den Staatsangestellten ver-
übte Unrecht gutmachen müssen. Sie hat es
dennoch nicht getan, und sie begeht jetzt, da sie
ihre feierlich gegebenes Versprechen, den Staats-
angestellten zu helfen, einzulösen sich anschickt,
neues schweres Unrecht. Die unteren
Kategorien werden fast leer ausgehen oder mit
einem Bettel abgepeitscht werden, die Gerechtigkeit
der Staatsangestellten erfährt eine schwere

Schädigung durch die Aufhebung der Reitvor-
rückung, welche Maßnahme der Willfür der
Regierung und der Vorgesetzten alle Tore
öffnet. An dieser Ausgeburt des Staatsanar-
chismus darf aber nichts geändert werden,
so will es die Regierung und sie sät damit
der Reihe ihrer Gewalttaten eine neue an. Sie
läßt die Vorlagen von ihrer zu allem fähigen
Mehrheit durchpeitschen, obwohl dafür jede sach-
liche Rechtfertigung und Notwendigkeit fehlt.
Die Eile, welche die Regierung anwendet, ist
sachlich gänzlich unbegründet, denn wenn
auch die Vorlagen beschlossen sein
werden, können sie doch erst zur
Durchführung gelangen, wenn die
Bedarfsfrage gelöst sein wird.
Es hätte also gar nichts verschlagen, nichts wäre
verfümt worden und den Staatsangestellten
wären auch nicht einen Tag später die Zulagen
ausgezahlt worden, wenn die Koalition nicht
mit solcher Diebelei vorgegangen wäre.

Ob sich die Brüstung der Staatsange-
stelltenenschaft gut oder schlecht auswirken wird,
darum macht sich die heutige Regierungsmehr-
heit keine Sorgen. Ihre Methode ist die Ge-
walt und immer wieder nur Gewalt. Nächstens
wird sie sich wieder wundern, wie ausgezeich-
net sich die Kommunisten und die extremen Par-
teien überhaupt unter diesem System befinden.
Die Regierung hat dadurch, daß sie alle Ver-
nunft in den Wind schlägt, keine Ruhmeslat
gelekt. Vielleicht kommt die Zeit, wo auch ihr
dies klar werden wird!

berantreten kann. Der Vorgang ist auch bezeich-
nend für den Verfall der primitivsten parlamenta-
rischen Grundzüge in der Tschechoslowakei. Man
mutet uns zu, daß wir Anträge einbringen, die
im Unterausschuss überhaupt keiner Beratung
unterzogen werden, sondern die lediglich dem Re-
ferenten eingehändigt werden zu dem Zweck, da-
mit er sie — wie er klar zum Ausdruck gebracht
hat — der Regierung, in Wirklichkeit aber den
von der Koalition eingesetzten Ausschüssen ange-
sichts zur Beratung unterbreitete. Ernstlich handelt
es sich gar nicht um eine Beratung der Oppo-
sitionsanträge; man will der Offenlichkeit nur
eine parlamentarische Beratung vortäuschen. Wir,
die wir die Interessen aller Kategorien der An-
gestellten ernstlich vertreten und wahren wollen,
geben uns zu diesem Spiele nicht
her. Wir sind sicher für eine rasche Verabschie-
dung der Vorlagen, aber nur dann, wenn wir
die Gewähr haben, daß den grundlegenden Forde-
rungen der Staatsangestellten und Lehrer in
vollem Umfang Rechnung getragen wird.

Auch die übrige Opposition hat sich diesem
Vorgang des Genossen Taub angeschlossen. Die
sogenannte „Beratung“, die nun im Unteraus-
schuss abgeführt wurde, hat unseren Auffassungen
vollkommen recht gegeben. Kein einziger
Redner der Koalition hat in die Debatte
eingegriffen.

Genosse Taub gab zum Schluß der Ver-
handlungen folgende Erklärung ab:

Wir waren im tschechoslowakischen Parlamente
schon an so manchen Verstoß gegen die pri-
mitivsten Begriffe der Demokratie
und des Parlamentarismus gewöhnt.
Das aber, was sich in der heutigen Sitzung abge-
spielt hat, setzt allem die Krone auf. Alle
Staatsangestellten ohne Unterschied ihrer Partei-
stellung sind einig in der Auffassung, daß die Vor-
lagen in ihrer gegenwärtigen Textierung für sie
unannehmbar sind, und daß sie ihnen die im
alten Österreich und in der Nachrevolutionzeit
erworbenen Rechte rauben. Dafür zeugt auch
der Umstand, daß noch heute vor Beginn der Be-
ratungen eine Reihe von Staatsbeamtenorganisa-
tionen, die durchwegs den Koalitionsparteien an-
gehören, eine Reihe von Wünschen und Forderun-
gen vorgebracht haben. Diese auch im tschecho-
slowakischen Parlamente ungewohnte Pass,
mit welcher Sie die Beratung einer Vorlage
durchpeitschen wollen, zeugt nur dafür, daß Sie
den Widerstand innerhalb der Staatsbeamten
nicht mehr zu bannen vermögen, daß Sie die
Auseinandersetzung über die Forde-
rungen der Angestellten fürchten
und daß Sie deshalb nichts anderes wünschen, als
die Verabschiedung der Vorlage. Sie täuschen sich
aber darüber, wenn Sie glauben, daß Sie damit
der Auseinandersetzung ausweichen können. Ich
kann Ihnen namens unseres Klubs erklären, daß
wir im sozialpolitischen Ausschuss das frevel-
hafte Spiel, das Sie mit den Staats-
beamten treiben, aufdecken und insbe-
sondere in der Plenarsitzung des Parlamentes und
in Versammlungen Ihr Verhalten gebührend
kennzeichnen werden.

Zum Schluß sei folgendes festgestellt: Wir
haben Ihnen auch den Schein einer parlamentari-
schen Beratung dadurch benommen, daß wir uns
an den Beratungen nicht beteiligt haben. Sie haben
nun, was wohl noch in keinem Parlamente der
Welt vorgekommen ist, das Kunststück fertigge-
bracht, innerhalb 90 Minuten 3 Vorlagen mit 268
Paragraphen durchzupeitschen. Es wird wohl
nichts Besseres die parlamentarischen Zustände in die-
sem Staate illustrieren, als der von Ihnen heu-
t beobachtete Vorgang.

Daß das taktische Verhalten der Opposition,
die sich an der geplanten „Beratung“ der
Vorlage im Eilzugtempo nicht beteiligte, den
Koalitionsgroßen äußerst unangenehm sein muß,
zeigt nicht zuletzt der Bericht der offiziellen parla-
mentarischen Korrespondenz. Dort bekommt die
angezogene Opposition einen scharfen Tadelzettel
dafür, daß sie nicht alles mitmachen will, was
die Vorsehung in Gestalt der Dbanacka anzu-
ordnen für gut befindet, in folgenden von Ver-
brechungen und heuchlerischen Augenanschlägen
nur so strotzenden Ausführungen:

„Die Opposition, welche sich anfangs an den
Verhandlungen beteiligte und Änderungsanträge
stellte, vereinigte sich später und absentierete sich
völlig von den weiteren Verhandlungen, sich die
Stellung von Änderungsanträgen im Ausschuss-
planum vorbehaltend. Die Sitzung hatte in erster
Linie den Zweck, gerade der Opposition die Mög-

lichkeit zu geben, ihre Anträge zur Geltung zu bringen, weil im Schoß der Koalition die Frage der Abänderungenanträge schon durchdebattiert wurde und weiter verhandelt wird.

Verhandlungen verlängere und die Vorlagen be- dröbe."

Diese Opposition ist demnach wirklich mit Blindheit geschlagen! So gerne hätte sich die Koalition mit ihren Abänderungsvorschlägen be- faßt und gerade in diesem Momente fängt die Opposition an zu troten und macht nicht nur, fraglich ist bloß, ob wenigstens die berühmte Frau Bläbste dem Koalitions-Offiziosus diesen Unfuss glaubt!

fer Verordnungen war immer möglich. Dem tschechischen Volk, gegen das sie abzielten, wurde hiedurch nicht nahegetreten. Ebenso wäre es im Falle von Sprachverordnungen, die nach dem Wunsche der Nationaldemokraten still- gesetzt wären. Die Minderheiten würden dadurch nur noch stärker aufgewühlt und ihren Rednern würde die angenehme Gelegenheit zu Angriffen auf die tschechische Republik gegeben werden.

Das Sprachengesetz kann nicht auf die Dauer ohne Durchführungsverordnung bleiben — schließ- lich zirkulieren genug Verordnungen, welche nach einer Unifizierung schreien, — aber zweckmä- ßig und verlässlich kann diese Frage nur auf Grund vorangegangener Ein- gung geregelt werden."

Deutlicher als es hier im „Pravo Lidu“ ge- sprochen ist, läßt sich wohl die Richtigkeit unseres Standpunktes nicht darlegen, der aber auch sach- lich gerechtfertigt ist, denn die Sprachverord- nungen verstoßen gegen das Sprachengesetz, gegen die Verfassung, gegen den Minderheiten-Schutz- vertrag, gegen Gerechtigkeit und gegen den ge- sunden Menschenverstand.

Genosse Dr. Czoch zeigt dann an einigen prägnanten Beispielen die abgrundtiefe Unrecht- auf, das durch die Sprachverordnungen und das Sprachengesetz geschaffen wurde, deren Geist der ganzen Vergangenheit des tschechi- schen Volkes und seinem eigenen Kampfe um das nationale und sprachliche Recht wider- streitet.

Die Ausklammerung dieses Wortbruchs und dieser abgrundtiefen Dummheit halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben unserer Staats- lenker, wenn sie nicht wünschen, daß die ohnehin unendlich gewordene Volkstimmung und die un- erträglichen Verhältnisse sich noch verschärfen.

Ein Wort zur Aufregung des tschechischen Lagers über unseren Abwehrkampf. Einst Rebellen und Revolutionäre, die stolz darauf waren, sich ihr Recht auf der Straße erobert zu haben, haben die Tschechen heute die Schlammhüte angelegt und lassen jene, die sich paarweise in den Straßen bliden lassen, durch Polizeiknüppel ausein- nder treiben. Die Obstruktionisten von gestern rosen sich heute über jedes Protestwort auf und erbliden im bloßen Reden Hochverrat. Dabei machen sie uns den Vorwurf, daß wir nicht den Weg der Diskussion gewählt hätten! Wann und mit wem und wo hätten wir dis- kutieren können? Unseren Antrag auf Einberufung des Parlaments, unsere Forderung, daß der Innenminister im Parlament erscheine, wurde ab- gelehnt. Und wenn wir nun demonstrieren gegen Zoll- und Lebensmittelsteuer, gegen Steuern und nationale Verneinung, treibt man die Arbeiter mit Polizeigewalt auseinander. Die Tschechen, einst die Herren der Gasse, schlagen ihrer Vergangenheit ins Gesicht, ihre Staats- männer benehmen sich schlimmer als die Macht, haber des alten Oesterreich.

Ein Ausblick in die Zukunft.

Mit dem Pendel allein wird es nicht gehen. Solche Regierungsverfahren haben sich immer gerächt und tschechische Politiker sind es gewesen, die dies den reaktionären öster- reichischen Machthabern oftmals klar auseinander- gesetzt haben. Und schon gar nicht wird es gehen mit den Methoden der Karlsbader Staatspolizei, die wider Recht und Ver- fassung über Fischern den Ausnahmezustand verhängt hat und sogar mit dem Standrecht droht.

Man hat anscheinend an den höchsten Stellen bößig die Besinnung verloren

und kassiert wegen eines Steinwurfes von ano- nymen Seite die staatsbürgerlichen Rechte. Solch bodenlos dumme und unerhörte Pro- vokation weisen wir mit aller Leidenschaft zurück und fordern, daß die Regierung den un- überlegenen Schritt der Karlsbader Polizei sofort rückgängig macht. Wir verlangen aber auch, daß man den unerträglichen Verhältnissen im Staat endlich ein Ende macht.

Der Dr. Venes sprach nach seiner Rück- kehr von Prag auch von der bevorstehenden Vocarnisierung der inneren tsche- choslowakischen Politik, die leicht zu be- merkstelligen sei, da es sich ja nicht um einen Existenzkampf der Minderheiten, sondern um einen Kampf um den Anteil an der Macht handelt. Und ganz ähnlich reden auch die deutsch- bürgerlichen Aktivisten, die in ihrer Auseinandersetzung mit der negativistischen Politik erklären, daß Entscheidende für die Deutschen sei, so rasch wie möglich an die Macht, das heißt, in die Regierung zu kommen. Auch wir kämpfen um die Eroberung der Macht, die für uns geradezu ein program- matisches Ziel ist.

Aber die Macht, die wir anstreben, muß eine reale sein, muß in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Triebkräften des Staates, in den wirtschaftlichen Machtfaktoren eine Stütze haben, und darf nicht eine bloße politische Scheinmacht sein, die mit den wirtschaftlichen Kräften kontra- riert und daher jedes Dalis entbehrt. Darum unterscheiden wir zwischen der Eroberung von Ministerstühlen in einem bürgerlich reaktionären Kabinett, in dem der sozialistische Einfluß zur Bedeutungslosigkeit und bei allen großen Entscheidungen zur Kapitulation verurteilt ist, und der Eroberung der Macht, die sich auf die Mehrheit des arbeitenden Volkes stützt und die über die notwendigen Machtmittel verfügt.

Gerade weil die tschechischen Sozial- demokraten dies nicht erkannt haben, ist der Sozialismus in diesem Lande in eine so katastro- phale Lage geraten und fast auf der ganzen Linie in die Hinterhand gedrängt, ist die Arbeiterklasse auf diesem Boden die Deute revolutionär, pul-

schistischer, aber auch nationalisistischer Politik ge- worden.

Für uns ist die Frage der Teilnahme an der Regierung eine Frage zweiten Ranges; das Ent- scheidende für uns ist, daß endlich das grundliegende Staats- und Völkler- problem gelöst wird. Hier helfen keine Palliativmittel, sondern nur eine radikale Lösung. Bis jetzt ist, genau so wie im alten Oesterreich, noch kein ernster Versuch unternommen worden, um ein gedeihliches Zusammenleben der Nationen in diesem Staate herbeizuführen, wozu allerdings zuerst notwendig wäre, mit der Fiktion des Na- tionalstaates aufzuräumen. Die Tschechen müssen erbliden, daß dieser Staat nur bestehen kann, wenn jeder Nation ihre Selbstbestimmung, ihre freie Entwicklung und die freie Verwaltung ihrer Angelegenheiten eingeräumt wird. Diesen Ge- danken, den wir schon im alten Oesterreich er- fannten und auch in diesem Staate an die Spitze unserer Erwägungen stellen, hat leider noch nicht den feinsten Widerhall bei den tschechischen Ge- nossen gefunden, während die polnischen Ge- nossen ihren Standpunkt zum nationalen Problem bereits klar umschrieben, während unsere deutschen Genossen im Rätiner Landtag das Problem der slowenischen Minderheit ernsthaft sich zu lösen bemühen, während selbst in Estland mit Hilfe der Sozialdemokraten ganz geringfügigen Bruch- teilen nationaler Minderheiten das Recht auf nationale Selbstverwaltung eingeräumt wurde. Nur in der Tschechoslowakei rührt sich nichts, nur hier will man das kulturelle Problem brutal mit Ausnahmezustand und Pen- drel lösen. Ganz nach den österreichi- schen Methoden und — wie sich zeigen wird — ganz mit demselben Erfolge.

Wenn die Tschechen darauf rechnen, daß sie — selbst ein Sechsmillionen-Volk, das deutsche Dreieinhalbmillionen-Volk durch reaktionäre Maß- nahmen entnationalisieren werden, dann täuschen sie sich gründlich.

Es geht hart auf hart, die beiderseitigen Fronten sind gebildet, es gibt kein Weichen, das können sich die tschechischen Gewaltthaber gefogt sein lassen. Der nationalisistische Parole vom tschechischen Nationalstaat setzen wir unsere Parole von der Verständi- gung der Völker entgegen, dem imperiali- stischen tschechischen Machtdünkel die Forderung nach freier Entwicklung für jedes Volk.

Für diese Forderung werden wir weiter die Massen mobilisieren und der gesamten Bevölkerung zeigen, daß es einen Weg in die Freiheit gibt, wenn sie ihn ernsthaft betreten wollen. Eines der schwersten Hindernisse auf diesem Wege ist die allnationale Koalition, die un- fähig ist, die Verhältnisse im Lande der Gesundung zuzuführen, die die Gegensätze zwischen den Völ- kern durch ihre Maßnahmen immer mehr verschärft und die daher weggeräumt werden muß, wenn es besser werden soll. Dieser Auf- gabe gilt in aller nächster Zeit unser leidenschaft- lichster Kampf, diesem System der Zwietracht der nationalen, politischen und sozialen Verengung der arbeitenden Menschen sagen wir unseren unerbittlichsten Kampf an.

Ein neues Opfer der deutschen ... Zwei Monate Gefängnis wegen Benützung eines amtlichen Telefons.

Berlin, 9. März. Der „Vorwärts“ mel- det aus Braunschweig: In dem Prozeß gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Landesajurist Stöjel wurde der Angeklagte zu zwei Mo- naten Gefängnis und für zwei Jahre zur Aber- kennung der Fähigkeit, öffentliche Ämter zu be- kleiden, verurteilt. In der zweimaligen Benützung des amtlichen Tele- phons zu Privatgesprächen (!) erblickt das Gericht Betrug, in der Entnahme einiger Probekausbücher aus dem Landesamt Unterdrückung.

Der „Vorwärts“ bezeichnet das Urteil als Tendenzjustiz und sagt, der Mißbrauch des Richteramtes zur Belämpfung politischer Gegner habe den letzten Rest von Vertrauen in die deutsche Justiz zerstört.

Die Hochschulen nicht minder reaktionär

Berlin, 9. März. Die „Vossische Zeitung“ be- richtet aus Tübingen: Der Senat der Universität hat den Studenten der Nationalökonomie Klump auf zwei Jahre von der Univer- sität verwiesen, weil er ohne Erlaubnis des Rek- tors einen kommunistischen Reichstagsabgeord- neten zu einem Vortrage in der Arbeitsgemein- schaft sozialistischer Akademiker eingeladen hatte. Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet diese Maß- richt als ungeheuerlich. In seinem Falle dürfe für ein Vergehen aus Worten der Weltanschauung heraus eine zweijährige Verweisung von der Uni- versität erfolgen.

Ein achtjähriger Femeemörder

Berlin, 9. März. (Eigenbericht.) Die Land- sberger Staatsanwaltschaft hat den Antrag gestellt, den Prozeß gegen den Leutnant Schulz, der der Beteiligung an acht Femeemorden beschuldigt ist und sich bereits zehn Monate in Untersuchungs- haft befindet, dem Staatsgerichtshofe zu über- weisen, da gegen den Beschuldigten die Anklage wegen Hochverrat erhoben werden soll.

Die Entscheidung über diesen Antrag ist noch nicht gefällt worden. Auf jeden Fall ist der Pro- zehntermin damit wieder auf unbestimmte Zeit hinausgerückt. Wie es scheint, verfolgen bestimmte Kreise damit den Zweck, dem Verfahren einen politischen Charakter zu geben, um auf diese Weise die völlige Aufklärung der Femeemorde zu verhindern.

Unerbittlicher Kampf dem allnationalen System! Wirtschaftsnot, politische Reaktion, nationalisistische Gewalt.

Aus der Rede des Genossen Dr. Czoch auf dem Teplitzer Kreisparteitag.

Auf der Teplitzer Kreisversammlung hielt am Sonntag Genosse Dr. Czoch eine groß- angelegte zweistündige Rede, deren wich- tigste Gedankengänge wir im Nachstehenden wiedergeben:

In den letzten Wochen haben sich die inter- nationalen, die weltwirtschaftlichen und die inner- politischen Verhältnisse außerordentlich verschärft und haben uns um ein gewaltiges Stück unserer Arbeit zurückgeschleudert. Vom Geiste von Locarno ist überall nur wenig zu spüren, das zeigen die schwierigen Auseinandersetzungen im Völkerbund, die zugleich auch beweisen, daß eine wirkliche Befriedung Europas nur durch das Klassenbewußte internationale Proletariat herbeigeführt werden kann, während alle Friedensbeteuerungen kapitalistischer Mach- haber nichts als leere Worte sind, hinter denen sich in Wirklichkeit nur imperialistische und kapitalistische Interessen verbergen. Die gefährliche Mächtedominanz in Europa macht in der letzten Zeit immer weitere Fortschritte, immer neue Gegensätze mit schweren Konfliktsgefahren entstehen. Und genau so ungünstig, wie um die politische Lage ist es im Augenblick um die Weltwirt- schaft bestellt. Ganz besonders hart ist Deutsch- land und natürlich vor allem die deutsche Arbeiterschaft mitgenommen, in ebenso schwieriger Lage befinden sich Frankreich, Polen, die „antierten“ Länder Oesterreich und Ungarn, ja selbst England leidet hart unter den schweren Folgen der Wirtschaftskrise; es verzeichnet heute schon nahezu zwei Mil- lionen Arbeitslose. In dieser traurige Bild fügt sich in ebenso unerquicklicher Weise

fordern, wird ihnen das gerade von deutsch-agrarischer Seite immer als Hochverrat ange- kreidet, sie aber halten es für selbstverständlich, sich mit den tschechischen Agrariern im Kampfe gegen die arbeitende Bevölkerung zusammenzu- schließen!

Um dieses Attentat auf die Bevölkerung mundgerecht zu machen, wird auf die Notwendig- keit der Regelung der Bezüge der Staatsbe- dieneten und auf den Mangel anderweitiger Mittel verwiesen. Aber

- zur Auffütterung des Militarismus, zur Dotierung der übertriebenen Reprä- sentationskosten, zur Bedeckung der Kongrua, zur Gewährung von Steuernachlässen an die Kapitalisten, zur Ermöglichung von Abstrichen von der Vermögensabgabe, zur Durchführung der Bankenfinanzierung oder, besser gesagt, zur Aufpulverung der Bankdividenden dazu ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden.

Vor kurzem wurde die Erhöhung der Zuden- steuer um 40, der Eisenbahntarife um zehn Pro- zent beschlossen und schon wieder wagt man einen neuen großen Steuerzuschlag. Dagegen legen wir nachdrücklich Verwahrung ein und werden alles daransetzen, um die Regelung der Staatsangehörigenbezüge nicht auf die geplante re- aktionäre Art, sondern durch Heranziehung der kapitalistischen Bevölkerungstriebe durchzuführen zu lassen.

Die innere Politik

steht im Zeichen einer schweren Krise, deren äußerer Ausdruck die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung und der Konstituierung des Parlaments ge- wesen ist und die in der vollständigen Stöckung jeder parlamentarischen Tätigkeit ihre Bestätigung finden. Die Koali- tion vermag sich über keine der schwebenden großen Fragen: Kongrua, Militärdienst, An- erkennung Rußlands usw. zu einigen. Wenn die Anzeichen nicht trügen, beginnt man sich wenig- stens in sozialistischen Kreisen der Re- gierung mit der Möglichkeit einer baldigen Sprengung der Koalition vertraut zu machen. Noch sucht man, um über die Schwierig- keiten hinwegzukommen, die Slowaken in die Regierungslösche zu bekommen, wodurch aber die Verhältnisse innerhalb der Koalition noch un- erträglicher, ein weiteres Verbleiben der Sozial- demokraten dort unmöglich würde. So wird es begreiflich, daß in der Koalition sich die Rufe nach Neuwahlen mehren. Allerdings will man dabei, wie aus Neuierungen Lukesky's, Stříbrný's und Spatný's hervorgeht, dazu den Wahlapparat nach den Koalitionsbedürfnissen zurechtzuschneiden, will eventuell die gebun- denen Listen, das Verhältniswahl- recht beseitigen und nach dem Rezept Spa- cels's sogar

ein Paratwahlrecht für besonders verdiente tschechische Staatsangehörige konstruieren.

Wir werden also zu den geprüften Staats- beamten und Bürgerweibern auch noch ge- prüfte Wähler bekommen.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Re- gierung aus der Schlinge retten kann, in die sie mit der

Sprachverordnung

geraten ist, von der allein die Tatsache genügt, daß sie mit einem ministeriellen Wort- bruch belastet ist, um ihr leidenschaftlichsten Kampf anzusetzen. Aber nicht nur den Wortbruch machen wir der Regierung zum Vorwurf, sondern daß sie eine Frage von solcher Bedeutung nicht im Einvernehmen mit den anderen Nationen, son- dern einfach durch Diktat entschieden hat.

Genosse Dr. Czoch zitiert an dieser Stelle Neuierungen lebender und toter bedeutender tsche- chischer Politiker aus früherer Zeit über die Not-wendigkeit, Sprachfragen nur einvernehm- lich zu lösen und zitiert dann folgende inter- essante Stelle, mit der das „Pravo Lidu“ vom 16. Februar 1925 den Nationaldemokraten ent- gegengerufen ist:

„Die österreichisch-ungarische Monarchie hat es sich zur Gewohnheit gemacht, Sprachverord- nungen durch Diktate einer absolutistischen Ge- walt durchzuführen, aber das Ergebnis die-

die Tschechoslowakei

ein. Was wir dem „konsolidierten“ Staat vor Monaten voraus sagten, ist eingetreten,

wir stehen mitten in einer der schwersten wirtschaftlichen Depressionen, deren Ende nicht abzusehen ist.

Tschechische Politiker (zum Beispiel der Unterrichtsminister Dr. Hodza) und auch die tschechische Presse bringen selber erschütternde Daten über Betriebsstillegungen und -Einschrän- kungen in einer ganzen Reihe von Industrie- zweigen, die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist um 50, die der unterstützten Kurzarbeiter um 30 Prozent gestiegen. Die natürliche Folge ist ein schwerer Rückgang des Exports (seit dem Jahre 1925 um 36,4, gegenüber dem Jahre 1924 um 46,16 Prozent). Die Schuld an diesen Ver- hältnissen fällt neben den Auswirkungen der reichsdeutschen Wirtschaftskrise, der verfehlten tschechoslowakischen Handels- und Wirtschafts- politik, der Zollpolitik der Nachbarländer, der un- glücklichen Steuerpolitik im eigenen Lande zu. Die Tschechoslowakei zählt nach dem Ein- geständnis des tschechischen Sozialpolitikers Dr. Stern, zu den Ländern mit den niedrigsten Reallöhnen. Verschärfend tritt die Ent- wertung der tschechischen Krone hinzu. Der Preis- anstieg beträgt bei uns das Fehnfache des Friedenspreises, der Lohnanstieg nur das Sech- bis Siebenfache. Geradezu unerträglich ist der Druck der Steuern, von denen mehr als 77 Prozent auf indirekte Abgaben entfallen; die Belastung der Bevölkerung durch die Steuern beträgt pro Kopf etwa 563 Kronen im Jahr. Und in einer solchen Zeit geht die Regierung an eine weitere Erhöhung der indirekten Abgaben, an eine noch unerträglichere Befestigung der Wäl- le. Deutsche und tschechische Agrarier, unterstützt durch die Regierung, bereiten sich auf einen neuen Zollrückzug vor. Vor weni- gen Tagen stellte der Minister Hodza die Forderung nach außerordentlichen Zollmaßnahmen auf, indem er in einer Rede feststellte: „Wir haben uns über die Vorbereitungen zur Her- ausgabe eines neuen Zolltarifs geeinigt...“ Der Herr Minister sagt nicht, mit wem er sich geeinigt hat, stellt uns vor vollendete Tat- sachen. Ohne daß im Parlament darüber ver- handelt worden wäre, ohne daß eine Vorlage ein- gebracht, eine Erklärung der Regierung abgegeben worden wäre, trotzdem hält sich der Minister für berechtigt, den bisherigen Maßnahmen der Re- gierung, die er mit seiner Unterschrift gedeckt hatte, den Krieg anzufügen und einen Kampf gegen die arbeitende Bevölkerung zu eröffnen, die, schon schwer getroffen durch die gleitenden Wäl- le, nun die Forderung nach ständigen Wäl- len als schwerste Herausforderung betrachtet. Dem Minister sekundiert dabei der deutsche Agra- rier Hilmer. Wenn deutsche Arbeiter die Zu- sammenarbeit mit dem tschechischen Proletariat

58 amerikanische Bergleute verschüttet.

Blusfield (West-Virginia), 9. März. Durch eine Explosion in einem Bergwerk in der Nähe von Eccles wurden 58 Bergleute verschüttet. Durch die starke Rauchentwicklung werden die Rettungsarbeiten behindert. Kurze Zeit nach dieser Explosion erfolgte in der benachbarten Grube eine neue Explosion, durch die weitere 30 Bergleute verschüttet wurden.

Inland.

Nachwort zum Fall Fischern.

Wie uns mitgeteilt wird, wurde der über Alt- und Neufischern verhängte Ausnahmezustand gestern wieder aufgehoben.

Diese Ausgeburt eines Polizeigehirns ist nur vier Tage alt geworden, aber sie wird dennoch unvergessen bleiben, denn sie war der vielleicht treffendste Ausdruck der ganzen Richtung, die die in West- und Mitteleuropa bereits sprichwörtlich gewordene „tschechische Demokratie“ nimmt. Die Lust in diesem Staate wird immer mehr zum Ertriden. Tritt dann die Arbeiterschaft auf den Plan, um die Atmosphäre einigermaßen zu reinigen, so marschieren die Polizei auf und haut hinein, ohne daß auch nur die geringste Gefahr vorliegt. Darin liegt natürlich System und dessen verantwortliche Stützen trifft alle Mithuld, wenn ihre Unterläufer bei der Ausführung nicht einmal vor den Grenzen des Verstandes Halt machen. Der Polizeirat Botava, der schon vor der Fischerner Aktion, nämlich als Präliminar zur Karlsbader Protestversammlung deren Einberufung mitgeteilt hatte „Sie haben zu gehorchen!“, hat damit gute tschechoslowakische Schule bewiesen. Denn im ganzen Staate ist's ja so, daß die einen herrschen wollen, die anderen kuscheln sollen. Und dieser Botava dürfte vom Standpunkt seiner vorgelegten Behörde nur deswegen einen Rüssel verdienen, weil er, was er denkt und wonach er vor allem auch zu handeln hat, allzu unverblümt auch ausspricht. Nicht viel anders steht es ja auch um den Ausnahmezustand, zu dem der Polizeirat Botava ja nur ein kleines, allerdings kostbares Miniaturstück beigetragen hat. Man läßt zwar die Arbeiter und die Minderheits- (oder Minderwertigkeits-) Bürger im Allgemeinen nach neun Uhr abends frei auf den Straßen herumgehen. Aber dafür stehen sie in einem Ausnahmezustand des sozialen und nationalen Rechts und zur Begründung sucht man auch nach näheren steinernen. Was Wunder, wenn dann ein solcher Botava, der unter Wetterlich sichere Karriere gemacht hätte, unter lächerlicher Berufung auf Verordnungen aus dem Jahre 1854 die revolutionäre tschechoslowakische Freiheit knüppelhaft verteidigt und sogar mit dem Standrecht droht! Daß dieser Musterpolizist damit seine Befugnisse weit überschritt, daß er Maßnahmen anordnete und androhte, die in die Kompetenz der Regierung und des Staatsoberhauptes fallen, das können ihm wohl nur formale Juristen ankreiden; als Schutzmann der Tschechoslowakei, die solche Konstruktionen von bedrohter Freiheit und Ordnung braucht, um die herrschende Unfreiheit zu rechtfertigen, hat er sich bewährt und gehört durchaus in ein Prager Prytanion, in ein Haus zur Versorgung um den Staat besonders verdienten Männern, wo er, in gebührendem Abstand, neben Kramar und Biskovsky Platz nehmen mag.

Die Fischerner haben ihren kleinen Ausnahmezustand hinter sich — gegen den großen, dessen Ausfluß jener war, müssen wir alle nun erst recht mit allen verfügbaren Mitteln kämpfen!

Die Beschwerde über Marienbad.

Das St. St. Tepl hat sich bekanntlich im Vorjahre nach Verhängung der staatlichen Zwangsverwaltung über den Kurort Marienbad mit einer Beschwerde an den Völkerbund gewandt. Es scheint den St. St. Teplern bei ihren guten auswärtigen Beziehungen gelungen zu sein, eine ordnungsgemäße Behandlung ihrer Eingabe zu erzielen. Ganz im Gegensatz zur bisherigen Erledigung der Minderheitsbeschwerden, die ohne viel Federlesens ad acta gelegt wurden, ist die Beschwerde des St. St. Tepl einer besonderen Kommission zur Behandlung zugewiesen worden. Wie aus dem Bericht hervorgeht, hat der christlichsoziale Senator Medinger in der gleichzeitig tagenden Sitzung der Minderheitenkommission der Völkerbundlichen auch den Fall Marienbad zur Sprache gebracht und dabei festgestellt, daß dem St. St. Tepl von der Prager Regierung mit vollkommener Entgegenung gedroht wurde, wenn es bis zum 10. März die Völkerbundbeschwerde nicht zurückziehe. Der ganze Kampf geht natürlich in erster Reihe um die Besichtigung der St. St. Tepler St. St. Tepl, welches schon wiederholt den Beweis lieferte, daß ihm das Schicksal der auf den Kurort wirtschaftlich angewiesenen Bevölkerung gleichgültig ist. Es muß aber betont werden, daß die Regierungsvertreter in Genuß eines weit besseren Stand hätten, wenn sie darauf hinweisen könnten, daß der Kurort für gemeinnützige Zwecke beschlagnahmt wurde. Da die St. St. Tepler aber, daß sie die diesbezüglichen Vorschläge der Stadtgemeinde Marienbad vollkommen ignorieren, hat sie sich vor einem immerhin bedeutungsvollen Forum der internationalen Politik dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, daß sie mit der Bäderverwaltung wie mit der gesamten Bodenreform rein nationalistische Ziele verfolgt.

Aus der Werkstatt der Waffenschieber.

Konsulaten werden „persönliche“ Dienste angeboten. — Abgetatete Wiener „Exzellenzen“ holen Auskünfte aus den Archiven des Wiener Kriegsministeriums. — Angebliche Geheimpatente der Regierung werden durch Waffenschieber anderen Schiedern im Auslande angeboten.

Wir sind in der Lage, weitere Dokumente zu dem blühenden Waffengeschäft einer Prager Firma zu veröffentlichen. Aus ihnen geht hervor, daß sich die Verbindungen der Waffenschieber bis Amerika erstrecken und mit Hilfe staatlicher Konsulate arbeiten.

Wie die Waffenschieber mit den tschechoslowakischen Konsulaten korrespondieren, das illustriert nachstehendes Schreiben.

Herrn Generalkonsul Dr. Smetana,
in Mexiko.

Wir erhielten Ihre Zusage vom 20. Mai, jedoch erst Anfangs Juli, und danken Ihnen für Ihre Auskünfte.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Generalkonsul, zu Dank verpflichtet, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, uns als Seereslieferanten für alle Sorten Ausrüstungen der dortigen Regierung zu empfehlen.

Indem wir Ihnen im Vorhinein danken, sind wir selbstverständlich zu allen Gegenständen, wie auch Ihnen persönlich, bereit und zeichnen,

Hochachtend

Wie Geschäfte „entriert“ werden.

Dankt Reichsritzel-Syndikat
Kopenhagen.

Wir teilen Ihnen mit, daß in den nächsten Tagen eine tschechoslow. Flottenabteilung zum Besuche nach Kopenhagen fliegen wird. Der Kommandant der Eskadrille, Herr Stabskapitän Stanovsky, ist ein sehr guter Bekannter von uns. Wir haben ihn eingeladen, Ihre Fabrik zu besuchen und bitten Sie, genannten Herrn samt Begleitung in Kopenhagen aufzusuchen und zum Besuche einzuladen, denn dies kann zu unserem beiderseitigen Nutzen sein. Bei dieser Gelegenheit wollen Sie dem Herrn die Fliegerwaffen vorführen.

Wir bitten Sie, uns den Verlauf des Besuchs mitzuteilen etc.

Zeigt sich in dem vorausgehenden Brief die innige Verbindung: militärischer Stellen mit dem Waffengeschäft, so tritt in dem folgenden wieder das Außenministerium hervor. Bemerkenswert ist, daß diese eilige Lieferung kurz vor dem griechischen Ueberfall auf die bulgarische Grenze erfolgte!

Ein Brief aus Ministerium für nationale Verteidigung:

An das MRD., 27. Abt.
Prag.

Am 16. 8. bestellten wir bei der Firma J. Roth in Bratislava

10.000 Stück scharfe Mauer-Munition Kaliber 7,92 für die Maschinengewehr-Konkurrenz in Athen. Die Sendung wurde mit Genehmigung des MRD und Unterstützung M33*) am 10. 8. nach Athen gesandt. Wir bitten um nachträgliche Genehmigung unserer Ordre.*

Hochachtend

Eine „abgetatete“ Exzellenz in Wien geht im Wiener Kriegsministerium wie im alten Oesterreich ein und aus:

Herrn Feldmarschallleutnant a. D. Bucherna
Wien III
Fasangasse.

Exzellenz.

Wir besitzen Ihr Werte* vom 28. August 1925 und haben es sofort unserem Interessenten weitergegeben.

Wir bitten Sie höflichst, uns betreffs des rechtlichen Näheres bekanntzugeben, da die Angelegenheit dringend ist.

Hochachtend

Die „Exzellenz“ hat dann, wie aus der Antwort zu ersehen ist, in allen Archiven des Wiener Kriegsministeriums die Adressen von Leuchtpistolensfabriken ungestört eruieren lassen können!

Wie man sieht, steht der alte Militarismus bei dem neuen hoch in Ehren und ein L. u. L. Feldmarschallleutnant, der dem neuen Staat schon nicht mehr mit dem Schwerte dienen kann, tut es wenigstens als Agent des privaten Waffengeschäfts. Noch samofier aber nimmt es sich aus, wenn die tschechische Firma einem deutschen Professor, der anscheinend ein patriotischen Gemütes ist, nur schiebt, wenn es nicht gegen sein Vaterland geht, feierlich bestätigt, daß die Lieferung an keinen Entente-Staat geht. Das mit den Ministerien der Kleinen Entente so vertraute Waffengeschäft verhiert also ausdrücklich, daß es weit entfernt davon ist, die Entente zu unterstützen. So entbehrt das blutige Handwerk nicht der Konf.

*) Außenministerium.

Ein deutscher „Professor“ in Dresden fordert eine Vertätigung nach dem Inhalte:

Wir bestätigen, daß wir das angebotene Kriegsmaterial der Türkei liefern werden, also keinem Lande, das gegen Deutschland Krieg geführt hat.

Prag, . . . Sept. 1925.

Das schlaueste Stück in unserer Sammlung ist aber ein Brief, der die Untertanen der Republik mit den Methoden des Seeresministeriums gründlich vertraut macht. Man erfährt aus ihm, daß ein Hamburger Waffenhändler die Geheimpatente der tschechischen Armeefabrikanten darf, was auf ein besonderes Entgegenkommen gegenüber der Prager Firma zurückzuführen ist. Da haben wir einen Fall, der sicher auch die staatsfeindlichen Parteien stark interessieren dürfte und über den sie sich von Zirkla Stibruny schon eine Aufklärung erbitten sollten. Leider werden sie das wahrscheinlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit tun. Wir bringen noch den Ministerien und den Mehrheitsparteien ein paar nützliche Adressen zur Kenntnis, die ihnen sehr dienlich sein können.

Herrn Benny Spiro,
Hamburg.

Betrifft Entfernungsmesser für Artillerie.

Wir beziehen uns auf unsere Schreiben vom 31. 7., 5. 8., 13. 8. und teilen Ihnen folgendes mit: Wir haben eingehendste Verhandlungen

Wiederberufung Briands.

Nur das Finanz- und Kriegsministerium sollen neu befehlet werden.

Paris, 9. März. (Eigenber.) Der Präsident der Republik hat heute den Kammerpräsidenten Perriot zu sich berufen, um ihm die Kabinettsbildung anzubieten. Perriot hat abgelehnt.

Darauf wurde Briand zum Präsidenten berufen. Nach seinem Verlassen des Elysee erklärte er, daß er die Kabinettsbildung angeommen habe. Er werde sich bemühen, die Krise möglichst schnell zu lösen und sein erstes Kabinet bei einem Minimum von Personaländerungen wieder herzustellen. Es wird angenommen, daß nur das Finanz- und das Kriegsministerium neu befehlet wird.

Jede Regierungskrise, die Frankreich im Laufe der letzten Jahre durchmacht — und es sind deren wahrlich genug — wird von den Nationalisten des Bloc und nicht zuletzt auch von denen des Auslands mit Freuden quittiert als das Anzeichen einer Rückkehr Poincarés. Raum hatte Briand demissioniert, als die Reichspresse in Paris schon die Kandidatur Poincarés langzettelte. Nun ist das Linksticket heute sicher nicht mehr das, was es nach den Wahlen von 1924 war. Die Einigkeit zwischen Sozialisten und Radikalen ging in den Wirren der Finanzkrisis zum Teufel und sowohl Painlevé wie auch Briand fanden in den Sozialisten scharfe Kritiker, die sich und ihren Grundsätzen nicht das geringste vergaben. Ueber den entschlossenen Willen unserer französischen Genossen, in der Steuerfrage kein weiteres Zugeständnis zu machen, ist Briand Freitag nachts gestürzt. Die Einigkeit des Linkstickets war im wesentlichen eine Einigkeit der Opposition. Sie datierte daher, daß es ohne sie unmöglich war, den nationalen Bloc zu stärken. Sie konnte solange fest bleiben, als die Regierung Perriot innen- und außenpolitisch die Demokratie wieder in ihre Rechte setzte, sie wurde brüchig, als die finanzpolitischen Fragen aktuell wurden, in denen ein Teil der bürgerlichen Linken den Poincaristen näher steht als den Sozialisten. An die Stelle der zwei großen Gruppen, des Blocs und des Kartells, die eine für das Pariser Parlament ohnehin ungewöhnlich einfache Konstellation bedeuteten, traten die drei Gruppen der Rechten, der Sozialisten und der Mitte, in der alle Schattierungen verireten sind und die heute der Linken, morgen der Rechten Schützenhilfe leisten. Auch der Sturz Briand

gen mit unserer Regierung gepflogen und wäre es uns möglich, Schallentfernungsmesser zum Aufsuchen feindlicher Batterien zu liefern, und zwar den allerneuesten und modernsten Apparat, ein Apparat, der alle drei bestehenden Sorten, ein Apparat, der alle drei bestehenden Sorten, und zwar den deutschen, schwedischen und französischen weit übertrifft. Abteilungen etc. können jedoch nicht geliefert werden, doch ließe sich die ganze Angelegenheit arrangieren, wenn Ihr sehr geehrter Herr Spiro nach hier käme, am besten mit dem Interessenten selbst.

Es handelt sich um Geheimpatente, welche uns unsere Regierung nur aus besonderem Entgegenkommen zur Verfügung stellen würde. Wollen Sie daher das Nötige veranlassen und uns von Ihrer Antwort rechtzeitig verständigen.

Hochachtend

Adressen des internationalen, mit den privaten Waffenschiedern in unserem Staate in Verbindung stehenden Waffen-„Händlern“.

- Alfred Rothchild, Paris.
- Benny Spiro, Berlin-Hamburg.
- Feldmarschallleutnant a. D. Bucherna, Wien III, Fasangasse (bietet „Schwarzes“, der Regierung ungemeldet Kriegsmaterial aus, von ihm stammt das Anerbieten mit dem „verlässlichen“ Spediteur.)
- Mathe Kaufmann, Kopenhagen.
- Steffen u. Henmann, Berlin.
- Stefan Sandner, Athen, Odos Solomos 72 (Prager „Repräsentant“).
- Herrmann Wendler, Kopenhagen, „Mediterranea“ Handelsgef. Athenes.
- John W. Schwartz, Hamburg (Gasmasken).

Das dürfte Material genug sein, um der Bevölkerung Einblick in die Praktiken des gefährlichen Waffenschieders zu geben. Es sollte aber auch ausreichen, dem Ministerium den Mund zu öffnen und einen Rechenschaftsbericht zu entlocken. Wir sind begierig, was die verantwortlichen Stellen zu sagen haben!

zeigt wieder, daß der französische Parlamentarismus wie kein zweiter lebendig und wandlungsfähig ist. Die Debatten finden noch im Plenum und nicht so wie bei uns in den Ausschüssen statt, die Abstimmungen sind nicht schematisch, sondern bergen oft die größten Ueberraschungen. Das ist ein Vorteil, aber auch der große Fehler des französischen Parlaments. Er hat zur Folge, daß die Regierungen unerwartet, über Nacht und bei kleinen Anlässen gestürzt werden, er allein aber ermöglicht es auch, daß aus jeder Krise immer wieder ein Ausweg gefunden wird, ohne daß Revolver oder Staatsstreich zum Ausnahmsmittel werden.

Die Hoffnungen der Nationalisten waren verfrüht. Perriot und Briand wurden gestern als außerordentliche Mandatanten genannt. Caillaux schied aus der Konkurrenz aus da seine Finanzpläne bei den Sozialisten noch untergeordnet sind. Die Linkspresse rief nach Perriot und einer eindeutigen linken Politik. Außenpolitisch wäre es sicher von unangehener Wichtigkeit gewesen, wenn jetzt Perriot zurückgekehrt wäre, der seinerzeit die Isolierung Deutschlands durchbrochen und eine Politik der Verständigung begonnen hat. Aber auch Briand, auf den nun das Los fiel, ist in diesem Augenblick eher zu begrüßen, als es ein neuer Mann gewesen wäre, der die internationalen Schwierigkeiten eher vergrößern als lösen könnte, oder, wie Caillaux, als „Deutschfreund“ beschrien ist, und um so leichter zu einer deutsch-feindlichen Politik gezwungen werden könnte. Gerade vom internationalen Standpunkt aus bedeutet Briands Rückkehr eine Lösung, die eine Entspannung ist.

Die fehlenden Frankensaffilate gefunden.

Von einem Unbekannten in einer Bahnhofs Garderobe hinterlegt.

Budapest, 9. März. (Eigenbericht.) Die Staatsanwaltschaft erhielt heute einen anonymen Brief, dem ein Garderobeschein über zwei Koffer beigegeben war. Der Schreiber des Briefes teilte mit, daß er die Behörden bei ihrer Untersuchung unterstützen wolle, die fehlenden 6000 falschen Franknoten zu finden. Der zweite Staatsanwalt begab sich sofort zum Bahnhof und behob dort die zwei Koffer, die in Anwesenheit der französischen Beamten eröffnet wurden. Man fand darin die fehlenden 6674 Franknoten.

Bekanntlich waren die falschen Scheine zuerst in das Lokal des Nationalverbandes gebracht worden; von dort wanderten sie auf einen Tag

in die Wohnung des gewesenen Postassistenten Baros und dann bevor man ihre weitere Spur. Die Staatsanwaltschaft hat nun die Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, wer die Koffer in die Garderobe geschafft hat.

Lohnbewegung der niederösterreichischen Landarbeiter.

Wien, 9. März. (Eigenbericht.) Unter den niederösterreichischen Landarbeitern wächst die Erregung mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden am Montag ergebnislos verlaufen sind. Im Schmechatzer Bezirk, der dem Wiener benachbart ist, wurde heute statt der normalen zehn Stunden nur sieben gearbeitet. Für Freitag, an welchem die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen, haben die Arbeiter einen Demonstrationstreik angekündigt, der solange dauern soll, bis die Verhandlungen zu Ende geführt worden sind.

Tages-Neuigkeiten. Die Auswanderer.

Wieder steht ein Häuflein armer Auswanderer aus der Slowakei vor dem amerikanischen Konsulate. Diesmal ist es eine Gruppe junger und alter Frauen, alle in der üblichen Volkstracht, eine Blouse, die meist durch eine Handschere beim Hals verzerrt ist, ein faltenreicher Kittel, ein Paar Schäftensiefel und ein schwarzes oder gefärbtes Kopftuch. Um den Hals tragen sie an einer Schnur ein selbstgeknähtes Leinwandtuchchen, darin liegt ihr ganzes Gut verwahrt: eine Geldbörse mit ein paar Scheppennigen und ein Gebetbuch. In der Hand hält jede dieser Frauen den Paß mit dem roten Stempeligen-Ausdruck: „Auswanderer“ und ein ganzes Bündel von Akten und Schriftstücken, Gott weiß, was für Papiere und Nachweise der heilige Bürokratismus von den Armen da gefordert hat, ehe er ihnen gestattet, die Grenze zu überschreiten: Taufschein, Heiratschein, Gesundheitszeugnis, Sittenzugnis und was es wohl noch für „Scheine“ und Zeugnisse geben mag! Wieviele Sorgen, wieviel Wege in verstaubte Konzepte, wieviele Stunden eifriger Anstellers und fruchtlosen Harrens, wieviel mürrische Gesichter hat es wohl gegeben, ehe so ein slowakisches Arbeiterweib alles „bestimmen“, alle Scheine in Ordnung hatte? Aber trotzdem sehen alle die Weiber entschlossen, froh, ja direkt trotzig drein. Aus all den Augen spricht ein einziger Wunsch: das „befreite“ Vaterland nur so bald als möglich im Rücken zu haben! Sieh nur so rasch als möglich jenseits der tschechoslowakischen Grenzspähle zu befinden! Und der größte Schatz, den diese Armen aus ihrer Heimat mitnehmen, ist ihre Zuversicht, ihr Vertrauen, daß sie ihre schweligen, abgearbeiteten Hände überall, in der Fremde besser als daheim, ernähren werden, ihr Wissen, daß ihren starken, arbeitsfrohen Armen besser zu vertrauen sei, als allen Schlogworten mit Programmen, mit denen sie die Heimat gespeist hat, aber dabei Hungern ließ. Es ist ihnen jetzt gleichgültig, ob man tschechoslowakisch mit oder ohne Vordruck schreibt — Und als ob es kein Zufall wäre, starren von der Front des großen Legionärhausemgebendes, in dem sich das Konsulat des Landes der Freiheit befindet, die Reliefs und Skulpturen des Bildhauers Sarsa herüber, des Meisters, der freiwillig ein anderes Land der Freiheit aufsuchte, von dem es keine Wiederkehr mehr gibt, seine Reliefs, darstellend Legionäre mit Gasmasken, Stahlhelmen aller Armeen der Welt. Trauernd starren diese steinernen Gesichter auf die Gruppe der Emigranten, als ob sie sich denken: Dies also war die Freiheit, für die wir gekämpft haben! Für die Saft, Kassen mit Portefeuilles des internationalen Kapitals, des unsere erstarrenden Todesmassen als Passadenhimmel für seine Bankgebäude benützt und das auch jetzt, proletarische, slowakische Frauen aus dem „freien“ Vaterlande auf der Suche nach Brot über das Weltmeer jagt, genau so wie vorher! Nichts, nichts hat sich geändert, nur daß die selben Phrasen und Schlagworte in anderen Sprachen gesprochen werden —

J. R.

Die Leichenfeier für die Opfer der Explosionskatastrophe in der Tischlergasse. Am gestrigen Nachmittag fand unter ungeheurem Zulauf der Bevölkerung die Leichenfeier für die Opfer der Katastrophe in der Tischlergasse, die Soldaten Sruh und Slavaček, statt. Unter den Erschienenen befanden sich zahlreiche Vertreter der offiziellen Welt, u. a. Nationalverordnungsminister Stikbrny, Senatspräsident Alois, der tschechoslowakische Senator Novak, Abg. David, die Generale Chrobny und Gajda, Mitglieder der Wehrausschüsse beider Häuser, Bürgermeister Vaza u. a. Die kirchlichen Zeremonien wurden in der Kapelle des Divisionshospitals am Karlsplatz absolviert, worauf die Särge mit den Ueberresten der beiden Soldaten von Militärs herausgetragen und auf den Leichenfuhrwerk, der am Karlsplatz stand, getragen wurden. Der Zug, an dessen Spitze berittene Polizeiabteilungen mit gezückten Säbeln ritten und in dem zwei Kompanien Infanterie in feierlicher Ausrüstung marschierten, bewegte sich vom Karlsplatz durch die Jungmannstraße auf den Prager Jungmannsplatz, wo die Leichenfeier mit dem Gintionieren der beiden Staatsmännern ihr Ende fand. Viel bemerkt wurde es, daß die bei Soldatenbegrabnissen sonst übliche Generaldecharge unterblieb. Offenbar wollte die Militärverwaltung die Bevölkerung durch überflüssige Schreiereien nicht noch mehr reizen, als sie dies durch ihre fehlerhaften Munitionstransporte schon getan hat.

Gegen Sprachenverordnung und Reaktion. Die am letzten Sonntag um 10 Uhr vorm. in Graskly stattgefundene Demonstrationenversammlung gegen die Sprachenverordnung und alle anderen reaktionären Absichten und Vorhaben der Regierung war trotz des überaus schlechten Wetters sehr gut besucht. Genosse Wondral aus Karlsbad, der das Referat erstattete, fand ungeteilten Beifall. Seine Ausführungen wurden oft durch starke Beifallsstürmungen unterbrochen. Als Genosse Wondral auf die Ereignisse in Karlsbad zu sprechen kam, gaben die Versammelten ihre Entrüstung gegen das Vorgehen der Polizei kund. Die in allen bis jetzt abgehaltenen Versammlungen beschlossene Resolution wurde gleichfalls einstimmig angenommen und noch eine andere, die Karlsbader Ereignisse behandelnde Protestresolution zur Abstimmung gebracht. — Am Sonntag, den 28. Feber fand in Neubitzsch am Ringplatz eine von der Bezirksorganisation Neubitzsch veranstaltete Protestversammlung gegen die Spra-

Ein Kompromiß in Genf?

Die Mandatswerber außer Deutschland auf den Herbst vertröftet. — Prüfung dieser Ansprüche durch eine Kommission, in der Deutschland vertreten ist.

Genf, 9. März. Der tote Punkt bei den Verhandlungen über die Erweiterung des Völkerbundes wurde, wie es scheint, heute abend überwunden. Für den Fall des Widerstandes Deutschlands gegen jede Erweiterung des Völkerbundes ist nach den Informationen der Schweizerischen Telegraphenagentur ein Vorschlag vorbereitet, den die britische Delegation unterstützen würde. Es wird vorgeschlagen, die grundsätzliche Entscheidung bis zur Herbsttagung im September zu vertagen, allein schon jetzt nach der Zulassung Deutschlands eine Kommission einzusetzen, in der auch Deutschland vertreten wäre und die bis September einen Bericht und einen Vorschlag ausarbeiten würde.

Die französische Delegation würde diesem Vorschlag nur dann zustimmen, wenn sich Deutschland verpflichtet, nicht grundsätzlich gegen

die Erweiterung des Rates aufzutreten. Die Schweizerische Telegraphenagentur erzählt, daß auch Stresemann und Luther gegen eine solche Lösung nichts einwenden würden.

Heute wird die Kandidatur Spaniens und Polens günstiger als die Brasiliens bezeichnet. Die Drohung Spaniens, aus dem Völkerbunde auszutreten, falls seinem Ansuchen nicht entsprochen werde, könnte einen gewissen Einfluß auf das Ergebnis der Verhandlungen haben. Doch wird nach den Informationen der SWA in britischen Kreisen diese Drohung nicht sehr ernst genommen.

Unter den Mächten der Signalmächte des Rheinpactes ist vereinbart worden, morgen vormittag die Unterhaltung, die am Sonntag nachmittag begonnen wurde, fortzusetzen.

Abrüstungskonferenz — 17. Mai.

Genf, 9. März. (Helv.) Die Vertreter Frankreichs, Paul Boncour, und Englands, Viscount Cecil, einigten sich in einer privaten Besprechung über das Datum der Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz auf den 17. Mai. Sie werden nun dieses Datum den übrigen Ratskollegen vorschlagen und man kann heute schon annehmen, daß an diesem Datum sowie an Genf als Tagungsort festgehalten werden wird.

Das Aufnahmegeruch den Ausschüssen zugewiesen.

Genf, 9. März. Der erste Ausschuh der Völkerbunderversammlung, der den Aufnahmeantrag Deutschlands zu prüfen hat, wählte heute nachmittag einen Unterausschuh, der in Anwendung des gleichen Verfahrens, das seinerzeit gegenüber Bulgarien, Oesterreich und Ungarn angewendet wurde, den Aufnahmeantrag im einzelnen beraten soll. Dem Unterausschuh gehören unter anderem an: Boncour, Jhii, Vandervelde, Ransen und Rincio; außerdem der Präsident Chamberlain und der Vizepräsident London. Der Ausschuh vertrat sich sodann auf unbestimmte Zeit, während der Unterausschuh in nicht öffentlicher Sitzung sofort seine Arbeiten aufnahm.

Der ständige Militärausschuh des Völkerbundes hat sich heute vormittag mit dem Aufnahmeantrag Deutschlands beschäftigt und sich dahin ausgesprochen, daß die militärischen Verhältnisse Deutschlands durch die Bedingungen des Versailler Vertrages bestimmt sind. In unrichtigen Kreisen wird erklärt, daß bei der Ausarbeitung des Gutachtens des ständigen Militärausschusses des Völkerbundes keine Schwierigkeiten zu erwarten seien, da es sich lediglich um die Einhaltung der Formalitäten handelt. Die Budgetkommission hörte den Bericht des

Generalsekretärs über das Budget pro 1926 an. Ueber die Höhe der deutschen Beitragsleistung für den Völkerbund verlautet, daß sie dem französischen Beitrag gleichkommen wird, der jährlich 1,900.000 Goldfrank beträgt.

Bethlen isoliert.

Berlin, 9. März. Der Sonderkorrespondent des „Berliner Tageblattes“ meldet aus Genf:

In der Vormittagsitzung der Finanzkommission, in welcher die Kommission zu dem Berichte Stellung nahm, den der Völkerbundkommissar Smith über die letzten drei Monate der ungarischen Finanzpolitik vorgelegt hatte, wurde allgemein angenommen, daß bei dieser Gelegenheit auch die ungarische Frankfalschungsaffäre auf die Tagesordnung gebracht würde. Deshalb konzentrierte sich heute vormittag besonders Interesse auf diese Sitzung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. An der Sitzung nahmen teil: Chamberlain, Loucheur, Venes, Scialoja, Titulescu und der südbaltische Vertreter. Als die Mitglieder bereits versammelt waren, trat Graf Bethlen ein. Keiner der Herren begrüßte ihn oder reichte ihm die Hand. Chamberlain unterhielt sich äußerst eifrig mit Loucheur, Bethlen war verlegen. Es entstand eine peinliche Situation. Bethlen wurde gefragt, ob er zu dem Berichte Smiths etwas hinzuzufügen habe. Er war so aufgeregt, daß er die Frage im ersten Augenblicke nicht verstand. Dann sagte er: Nein. Es bleibt also alles beim alten mit der ungarischen Finanzkontrolle.

Zürich, 9. März. (Eigenbericht.) Die „Neue Züricher Zeitung“ berichtet, daß bei der Genfer Eröffnungssitzung des Völkerbundes an einem Tischende ganz offensichtlich etwas isoliert Graf Bethlen saß, auf den sich mancher kritischer Blick richtete.

nehmen“ Dame erlebigen und er tut dies in folgender Form:

Sehr geehrte Frau!

Natürlich habn mir eine W. C. Was glaubn Sie denn von uns, von so einer christlichen Gemeinde. Selbe is 20 Minuten vom Wirtshaus zu erreichen, was keine Rolle spielt. Offen ist es nur am Sonntag. Es können zu gleicher Zeit 20 Besucher ihre Anständigkeit verlieren. Die Aufsicht aufs W. C. hat der Messner. Indem das wir glauben, das Ihnen das pass:

Hochachtung:

Der Bürgermeister
Penzl Sumfinger.

Ob die „vornehme“ Dame über diese Ausfichten entzünd war, kann füglich bezweifelt werden.

Konzessionen an die Japaner hat das Hauptkonzessionskomitee in Moskau nach Verhandlungen mit der Delegation japanischer Industrieller beschlossen. Es sollen im Fernen Osten Wald- und Bergverkskonzessionen vergeben werden. Die Japaner beanspruchen ein Waldareal von 2 Millionen Hektar.

In Japan ist eine außerordentliche Zunahme der Verbrechen zu verzeichnen. Die gesamten Fälle der von der kriminalistischen Zentrale Japans gezählten Verbrechen betragen im letzten Jahre 69.000, was eine Zunahme von 34 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Vertrugsfälle und Diebstahle haben rapid zugenommen, ebenso Kindsmorde; Brandstiftungen und Raubmorde sind dagegen stark zurückgegangen.

Auf ganz West-Java wurde das Versammlungsrecht für Hadjinder- und Arbeitervereinigungen in den Bergwerken, den Oelbetrieben, in der Eisen- und Elektrizitätsindustrie weitgehend beschränkt. Auch auf Celebes wurde das Versammlungsrecht für Landarbeiter und Arbeiter in der Eisen- und Elektrizitätsindustrie wesentlich eingeschränkt.

Ein Richterstreik wird aus Peking gemeldet. Am 8. Feber haben mehr als tausend Beamte und Richter in Nordchina einschließlic des höchsten Gerichts gestreikt, da die Gehälter schon seit Ablauf von 3 Monaten nicht mehr ausgezahlt worden sind.

Dreihig Personen sind nach einer Meldung aus Moskau bei einem Feuer, das Sonntag

Rundfunk für Alle!

Zweite Reichskonferenz des Arbeiter-Radioklubs Deutschlands. Am 6. und 7. März fand in Berlin die zweite Reichskonferenz des Arbeiter-Radioklubs Deutschlands statt. Wie aus den auf der Konferenz erstatteten Berichten hervor ging, nimmt diese Organisation einen hoffnungsvollen Aufstieg, im letzten Jahre allein wurden 24 neue Zweigstellen gegründet. An der Konferenz nahmen von ausländischen Vertretern Gen. Novotny für den österröischen, Gen. Goldschmidt für den sudetendeutschen, „Freien Radiobund“ und ein Vertreter der russischen Arbeiter-Radio-Amateure teil. Auf Anregung des Gen. Goldschmidt beschloß die Konferenz, mit der weiteren Arbeit zur Gründung einer Arbeiter-Radio-Internationale die Wiener proletarischen Funkfreunde zu betrauen.

Programm für morgen, den 11. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 18: Deutsche Sendung, Dr. Rife Adler: Englische Rädel; 19.30: Konzert; 20.30: Musikprogramm. — Brunn, 19: Konzert; 20.10: Aus „Troubadour“. — London, 20.30: Konzert. — Paris, 22.30: Abendkonzert. — Berlin, 21: „Nach Feierabend“. — Leipzig, 20.15: Gottes Kreatur. — Breslau, 22: Seitere Stunde. — München, 20: Tonkunst. — Frankfurt, 19: „La Traviata“. — Wien, 20.15: „Schubertiade“. — Zürich, 20.30: Duet-Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515

abends in dem Aino von Nowonikolajewski in Sibirien wütete, lebendig verbrannt.

Wilhelm von Doorn, der seit neuestem wieder viel Worte macht, hat in einem Interview einem amerikanischen Journalisten gesagt: „Hätten die Deutschen nur die Hälfte meiner Weisungen befolgt, wie sie jetzt die fremden Befehle befolgen, so wäre ich nicht in Doorn und Deutschland nicht der Gnade seiner Prosser ausgeliefert.“ Hätten sie ihn jedoch beiziten laßt seinen „Weisungen“ zum Teufel gejagt, dann sähe Wilhelm von Hohenzollern vielleicht nicht in Doorn, sondern in einer Kolonialassessant und sein Mensch in Europa bräuchte seinen Nachbarn zu „soltern“ und „fremden Befehlen“ zu parieren!

Auf dem Berlin-Münchener D-Zug wurde in der Nacht vom 7. auf den 8. März in der Nähe der Station München-Mosbach ein Attentat versucht. Etwa 15 Meter vor dem Einfahrtssignal wurden zwei Eisenbahnschwellen quer über das Geleis gelegt. Der Berliner Schnellzug kam dabei glücklicherweise nicht zur Entgleisung.

Auf dem Flughafen Staaten geriet das Flugzeug D 290 infolge Absturzes in Brand. Der Flugzeugführer Paul Billid, der sich nicht rechtzeitig aus der Maschine freimachen konnte, ist verbrannt.

Rassenverhaftungen werden aus Südrussland gemeldet. In Charkow, Kiow, Odessa und anderen südrussischen Städten ist in den letzten Tagen eine Zahl von annähernd 800 Personen verhaftet worden. Die Mehrzahl der Verhafteten sind Personen, die früher mit der antibolschewistischen Bewegung verknüpft waren.

Die Untersuchungen an der Berliner Universität haben eine eingehende Untersuchung des Geschäftsgebarens des „Allg. Studentenausschusses“ ausgelöst. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Student Behmann seine betrügerischen Machenschaften niemals hätte beverfessigen können, wenn nicht die Rassenbeamten der Universität mit einer beispiellosen Sorglosigkeit und Hochlässigkeit die Auszahlungen gegen Quittungen Lehmann vorgenommen hätten. Der Universitätsrat hatte schon einige Tage, bevor die Unterschlagungen zur Kenntnis der Presse kamen, von sich aus eine Untersuchung eingeleitet, die ihm aber von der Staatsanwaltschaft auf Grund einer Anzeige aus der Hand genommen wurde. Preislos wird sich der Kultusminister darüber schlüssig machen müssen, ob nicht eine grundsätzliche Reform der studentischen Selbstverwaltung am Platze ist. Im übrigen verdient es hervorzuheben zu werden, daß ausschließlich Mitglieder der radikalen rechtsstehenden Studentenvverbände an den unerfreulichen Vorkommnissen beteiligt sind. Deshalb verlangen die künftigen Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, daß mit dem bisherigen System der Auswahl der Vertreter in den obersten Posten der Studentenschaft schnell und gründlich gebrochen wird.

Der „Reisterdieb“ von Paris, Georges Louis Rame, pußt wieder in den Köpfen der Pariser Gesellschaft, und man schließt wieder einmal Wetten ab, ob Louis Rame gefangen ist oder nicht. Georges Louis Rame ist das Schreckensbild der französischen Polizei und sicherlich der gefuchteste Mann im ganzen Land. Er ist mehr Spezialist für Ausbruch als für Einbruch und hat bereits in den verschiedensten Gefängnissen Frankreichs „gearbeitet“. Dabei wandte er meistens denselben Trick an: Er verfertigte sich aus irgend einem Kleidungsstück einen Strick, kletterte zum vergitterten Fenster hoch und öffnete sich durch eine „schwache Stelle“ der Wand ein Loch, durch das er die Freiheit gewann. Der Coup glückte anscheinend immer. Nun ist Louis Rame von 58 französischen Staatsanwaltschaften gesucht; 21 Haftbefehle sind allein im Departement der Seine gegen ihn ausgefertigt worden. Bei seiner letzten Festnahme — es war die achte in diesem Jahr — erklärte er den Polizisten lächelnd: Er müsse doch sämtlichen Haftbefehlen Genüge leisten und deshalb noch einige Duzendmal aus dem Gefängnis ausbrechen.

Neue Denkmäler Lassalles und Eberts.

Ein Lassalle-Denkmal in Wien.

Ein Ebert-Gedenkstein in Elberfeld.



Das von dem Bildhauer Maria Petrucci geschaffene Lassalle-Denkmal wird in einem Wiener Gemeinde-Wohnhaus zur Aufstellung gelangen.



In Elberfeld fand die Enthüllung eines Ebert-Gedenksteines statt. Der Gedenkstein ist ein Granitfindling aus dem Richtegebirge, über 100 Zentner schwer, rund 3 Meter hoch und in seinem unteren Teil über 1 Meter breit. Das Relief wurde nach einem von Professor Leberer begutachteten Entwurf des Elberfelder Bildhauers Kochmann hergestellt.

An der Westseite des Arlberges sind mehrere Lawinen niedergegangen, welche die Arlbergbahn verschütteten. St. Anton ist vollkommen eingeschneit. Auch die Stubaitalbahn in der Nähe von Innsbruck ist verschüttet.

Ein historisches Manuskript wurde in Leninograd im Laden eines Buchhändlers entdeckt. Es handelt sich um ein Tagebuch des Grafen Vendenborff, der in der Mitte des vorigen Jahrhunderts unter dem Zaren Nikolaus I. Chef der damals neu gebildeten politischen Polizei, der sogenannten „Dritten Abteilung“, gewesen ist. Für den Geschichtsforscher gewinnt das Manuskript besondere Bedeutung durch seine Schilderungen über das prunkvolle russische Hofleben, die Entstehung des Krimkrieges, die ersten revolutionären Bewegungen wie überhaupt die Ueberwachungstätigkeit der politischen Polizei, zu deren Objekten auch der Dichter Puschkin gehörte. Einsteifen wurde das Tagebuch Fachleuten zur Prüfung übergeben.

„Der Florentiner“ heißt ein Edelstein aus dem Besitztum des ehemaligen Kaisers von Oesterreich, der zusammen mit dem „Rohinor“ und dem „Regent“ das wertvollste Schmuckstück der Welt darstellt. Seinetwegen ist die Zita Habsburg soeben in Paris eingetroffen, um gegen den letzten habsburgischen Vermögensverwalter, den „Baron“ Steiner de Belmont, einen Rechtsstreit anzustrengen. Karl Habsburg hatte in seinem Schweizer Exil um einen Spottpreis den habsburgischen Kronschatz weggegeben. Um welche Werte es sich dabei handelt, kann man am besten ermeslen, wenn man die heute in der Schatzkammer der Wiener Hofburg liegenden Glaskästen betrachtet. In einer dunklen Oktobernacht des Jahres 1918 hatte Graf Verchold die kostbarsten Stücke des habsburgischen Kronschatzes aus der Schatzkammer entführen und über die Schweizer Grenze schaffen lassen. Unter den Kronjuwelen bestand sich jener „Florentiner“, ein Diamant von 133 Karat, der drittgrößte Brillant der Welt. Dieser „Florentiner“ hat seine eigene Geschichte, die von Karl dem Kühnen von Burgund, der ihn zu seinem Talisman erwarbt hatte, bis in die Gegenwart reicht. Er hat seinen Besitzern durchweg Unglück gebracht, so daß der abergläubische Kaiser Franz Josef den gefährlichen Diamanten in ein Geheimfach der Schatzkammer in der Hofburg einschließen ließ. Bei den Friedensverhandlungen wurde um den Stein viel gestritten. Die italienische Königsfamilie verlangte ihn, da er seinerzeit auf dem Boden der oberitalienischen Fürstentümer zuerst bekannt geworden ist. Karl Habsburg aber verweigerte die Rückgabe und beharrte auf seinem Entschluß, den Diamanten in der Schweiz zu verkaufen. Selbst eine große „Akte“, die in energischen Worten die Herausgabe des Edelsteins forderte, blieb fruchtlos, und so harret man heute immer noch auf den Verkauf des drittgrößten Diamanten der Welt.

400.000 Kronen unterschlagen. Wie der „Volkswirt“ meldet, wurde der Vertragsbeamte M. in das Gefängnis des Landesgerichts eingeliefert, der im Handelsministerium in der Sektion für Ein- und Ausfuhr 400.000 K unterschlagen hat. Die Staatsanwaltschaft führe derzeit Erhebungen durch.

Prager Chronik. Der 24jährige Arbeiter Franz Labaef aus Prag VIII. froh gestern nacht in der Robbischgasse in Troja in ein Häuschen mit hoher elektrischer Stromspannung. Passanten fanden ihn heute früh tot auf. Die Ursache des Unfaltes untersucht die Polizei von Troja.

Eine Schutzhütte von einer Lawine mitgerissen. Wie aus Davos gemeldet wird, ist infolge des star-

ten Schneefalles eine Lawine die am Fusse des Schiaghornes gelegene Zaellhütte, die von Zisfahrern und Ausflüglern viel besucht wird, mit Wahrscheinlichkeit drei Personen von der Lawine begraben worden. Eine Rettungsfelonne ist unterwegs.

Wetterbericht vom 9. März. Unter dem Einfluß des milden Westwindes dauerte Montag die Erwärmung fast in der ganzen Republik an. Dienstag früh waren in Böhmen die Temperaturen überall um 5 Grad höher als gestern; in der Ostslowakei waren sie unverändert. Die höchsten Temperaturen wurden gestern im Nordwesten des Staates erreicht: Aussig 1, Prag 10 Grad C. Die Minima der letzten Nacht betrugen in Aussig 9, in Prag 8, Brünn 5, Prahburg 7, Rastbau 2, Ungvar 0 Grad C. Die Schauer hielten in der ganzen Republik an, ihre Menge überschritt jedoch nirgends 2 bis 3 mm. In Ungvar fiel Dienstag früh Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt, mild, schwache Niederschlagsneigung, frischer Westwind.

Volkswirtschaft.

Vorteile organisierter Bedarfsdeckung.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, daß die Konsumgenossenschaften weit entfernt davon sind, einen persönlichen Kampf gegen Händler oder Kaufleute zu führen. Oder daß in der geschäftlichen Auseinandersetzung über die Warenversorgung der Bevölkerung etwa die Frage des Kapital- oder Handelsprofits von Unternehmung gegen Unternehmung eine einwirkende Rolle spielt. Nein. Vielmehr handelt es sich um eine volkswirtschaftliche Frage: ersten Ranges, nämlich darum: 1. Ob es volkswirtschaftlich zweckmäßig und nützlich ist, die Zahl der Verteilungsstellen für die Warenversorgung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf deren Größe zu vermehren und dadurch die Ware automatisch zu verteuern; 2. ob es zweckmäßig und nützlich ist, daß die Warenherstellung selbst so weit als möglich in den Händen der Verbraucher sich befindet, oder ob diese dauernd auf die Quelle der Preisbildung verzichten und damit dauernd abhängig bleiben sollen von dem privatkapitalistischen Profitgeheimen.

Heute wird mehr als jemals von allen Wirtschaftlern betont, daß Konzentration, Zusammenfassung der Kräfte eines der notwendigen Erfordernisse ist, um die Volkswirtschaft wieder auf einen gesunden Boden zu stellen. Die Zersplitterung nützt keinem und schadet allen. Wenn eine Konsumgenossenschaft in nur 4 bis 5 Verteilungsstellen 4000 bis 5000 Mitgliederfamilien mit Waren versorgt, wo im gegebenen Fall 40 bis 50 Kleinhändler die gleiche Aufgabe zu erfüllen haben, so kann doch kein Zweifel darüber sein, daß dann die organisierte Warenversorgung der privatwirtschaftlichen überlegen ist. Denn wenn auch die Unkosten des Kleinhandels im erwähnten Falle nicht gerade zehnmal größer sind, als die der Konsumgenossenschaft, so müssen sie doch auf alle Fälle entsprechend größer sein, was sich dann in der Qualität der Ware, im Preis und häufig auch in der Rückvergütung, die die Konsumgenossenschaft ihren Mitgliedern auf den Warenumsatz gewährt.

So sind Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit in der genossenschaftlichen Warenversorgung vereint. In noch höherem Maße gilt dies von der „Kon-

trolle der Produktion“ durch die genossenschaftlich organisierten Verbraucher. Man kann eine Kontrolle nur dann wirksam ausüben, wenn man im Eigenbesitz von Produktionsbetrieben sich befindet und dadurch alle die Quellen der Preisbildung des Produktes aus eigener Erfahrung kennen lernt. Denn der Kapitalprofit in einem „Ding“ ist so differenziert, daß eine mechanische Kontrolle, bei der man die Dinge nur von außen sieht und schätzen und berechnen kann, nie ihre Aufgabe zu erfüllen vermag. Außerdem aber handelt es sich bei der Frage vorwiegend um den Nutzen, den die Produktion dem Besitzer abwirft. Und da ist es nach beiden Richtungen — Kontrolle und Produktion — ebenso zweckmäßig wie nützlich, wenn die genossenschaftlich organisierten Verbraucher von der Warenverteilung zur Warenerzeugung in eigenen Betrieben vorschreiten, so wie es heute schon auf den verschiedensten Gebieten geschehen ist. Sie kontrollieren durch ihre eigenen Betriebe nicht nur die Preise der privatkapitalistischen Unternehmung, sondern regulieren sie auch nach dem Prinzip der Konkurrenz und haben außerdem einen direkten Wirtschaftsnutzen für ihre genossenschaftlichen Besitzer.

Dies große Problem der Volkswirtschaft kann und wird ganz zweifellos auf großen Gebieten durch die Konsumgenossenschaftliche Organisation in zweckmäßigster und nützlichster Weise gelöst werden, wie es ja beispielsweise in England fast kein Gewerbe mehr gibt, das nicht von der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion erfaßt wäre.

Aus alledem ergibt sich, daß die Aufgaben der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung nicht in einem „Kampf mit dem Kleinhandel“ bestehen, sondern daß sie sehr viel weittragender Art sind. In einem Ausmaße daß der Kleinhandel, selbst wenn er organisiert wäre, nach den technischen, finanziellen und sozialen Voraussetzungen niemals in der Lage wäre, sich an eine solche Aufgabe heranzuwagen. Der Kleinhandel bleibt gemäß seiner Konstitution in dauernder Abhängigkeit vom Großhandel und der Industrie, die ihn alimentieren, während die Konsumgenossenschaften bereits ihren eigenen Großhandel besitzen, zum Teil schon an die Quelle der Preisbildung — Produktion — vorgezogen sind, auf alle Fälle aber wie die Praxis erweist, alle Voraussetzungen besitzen und alle Bedingungen zu erfüllen in der Lage sind, um die Unabhängigkeit der Verbraucher vom Industrie-, Bank- und Handelskapital zu einer vollkommenen Tatsache zu machen.

Prager Produktienbörse. (Offizieller Bericht vom 9. März.) Die Tendenz der heutigen Börse war ziemlich flau. Der Preisrückgang in Amerika beeinflusste den heutigen Prager Markt. Am Getreidemarkte tendierte fester bloß prima Weizen. Sonst verhielt sich Getreide durchwegs flauer. Roggen verbilligte sich um 3-5 K und Gerste wurde überhaupt sehr wenig getätigt. Daser konnte sich behaupten mit Ausnahme der muffigen Sorten, die nachlassen mußten. Die Weizenpreise blieben aufrecht. In Futtermitteln verbilligte sich ein wenig Mais Cinquintina. Der Kolonialmarkt verzeichnete keine Preisänderungen. Fett, sowohl amerikanisches als auch ungarisches, gab etwas nach. Am Samenmarkte blieben die letzten Preise aufrecht. Die Börse war gut besucht, aber das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. — Es notierten in Kd: Böh. Weizen, Prag 190-195, böhm. Rog-

gen, Prag 190-195, böhm. Weizenmehl, Prag 140-150, böhm. Weizenmehl, Prag 130-135, böhm. Weizenmehl, Prag 140-142, amerik. Patentmehl, Teilschen 3.55-3.65, Weizenmehl 0.50, 1.95-2.05, Weizenbrotmehl Nr. 1 2.20-2.30, Roggenmehl 0.71 2.10-2.15, Weizenmehl 1 3.50-3.60, Weizenmehl 3.70-3.75, Reis Burma II, Teilschen 2.70-2.80, Reis Aracan, Teilschen 2.90-3.25, Reis Moulman extra, Teilschen 3.45-3.50, Reis, italien., poliert, Prag 4.15, Kaffee Rio 27.50-28, Kaffee Santos 30-32, Kaffee Guatemala 34.50-38, Kaffee Portorico 37.50-39, Tee Soukong 54, Tee Orange Pecco 58-65, Vanille 38, Mandeln geklaubte 41, Rosinen 15-22, Nohn böhm. 8-10, Rümme böhm. 4-4.60, Rümme holländischer 5.25, Erbsen grüne 2.50-3.50, Erbsen gelbe 1.75-2.20, Erbsen Viktoria 2.50-3.20, Binsen 3-4.50, Weizenbohnen 1.80-2.50, Hirse 2.70, amerik. Fett, Teilschen 13.80 bis 13.90, Fett ungar., Zsib 14, Kartoffeln, Verladestation 30-34, Industriekartoffeln, Verladestation 25-30, Mais jugosl., Prahburg 91, Mais rumänischer, Keinförmer, Oberberg 110, Mais Cinquintina, Oberberg 112, Mais La Plata, Teilschen 125, Naturkaffee 1200-1600, Kaffee plombiert 1800-2200, Weizenkaffee 1200-1600, schwedischer Kaffee 800-1200, Infamat 320-340, Bohnkaffee 800 bis 1100, Ligarus 280-350, Luzernkaffee heimischer 1200 bis 1400, Luzernkaffee fremder 1600, Stainkaffee weiß 360-400, Pelusche 190-200, Sommerweide 175 bis 185, Winterweide 300-400, Lupine blau 125-150, Lupine gelb 120-150, Timothäuskraut 300-360, Rothhafer englischer 500-600, Rothhafer französisch, 600 bis 700, Rothhafer italien. 480-560, Raps 300-400, Senf 600-700, Weizen 280-340, Hanfsamen 180-200, Futterrübe 300-350, Futterrübe böhmische 400-500, Futterrübe deutsche 60-800, Feu böhm., loses, Prag 69-70, Feu böhm., gepreßt, Prag 78-80, Futterstroh, gepreßt, Prag 40, Stroh, gepreßt, Prag 40-44, Langstroh, Prag 52, Weizen- oder Roggenkaffee inkl. Sade ab Verladestation 100-106, Malzläute 90-100, Rapskuchen 160-180, Weizenkuchen 160-195.

Aus der Partei.

Kreislonferenz Teplitz.

Am vergangenen Samstag und Sonntag fand in der städtischen Kurhausgalerie in Teplitz-Schönau die Kreislonferenz des Organisationskreises Teplitz-Soos statt. An der Konferenz nahmen 270 Delegierte teil. In der Samstagtagung der Konferenz wurden zuerst die Karlsbader Vorfälle behandelt, und zu diesem Punkte nachstehende Resolution angenommen:

„Die Kreislonferenz erhebt gegen den neuesten Willkürakt der Karlsbader Staatspolizei, welche gegen Recht und Gesetz über die Stadt Pischern einen förmlichen Ausnahmezustand verhängt und in dieser ungesetzlichen Ueberstreichung ihrer Kompetenz mit dem Standrecht zu drohen gewagt hat, den schärfsten Protest. Die Konferenz stellt fest, daß außerdem Vorschriften über das Verhalten und die Anwesenheit an öffentlichen Orten nur auf Grund des Gesetzes über die außerordentlichen Verfügungen erlassen werden können, wozu ein vom Präsidenten der Republik genehmigter Beschluß der Regierung erforderlich ist, welcher der Nationalversammlung vorgelegt werden muß. Der Polizeileiter von Karlsbad hat sich also eines flagranten Rechtsbruches schuldig gemacht und damit das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung frech provoziert. Die Regierung ist verpflichtet, den Rechtszustand ungefährdeter wieder herzustellen, wenn sie sich nicht vor der gesamten Öffentlichkeit mit der Schmach belassen will, daß sie die primitivsten Rechtsgrundzüge mißachtet.“

Die Kreislonferenz beglückwünscht die Arbeiterschaft des Karlsbader Organisationsgebietes zu den nachstehenden Kundgebungen, zu ihrem Kampfe und verachtet sie in ihren weiteren Kämpfen der brüderlichen und tatkräftigen Solidarität der Teplitzer Arbeiterschaft.

Aus den Berichten ist zu ersehen, daß im Kreisgebiete eine lebhafteste Parteimitteltätigkeit herrschte und daß diese Versammlungen stets überaus stark besucht waren. Bei den in vielen Orten stattgefundenen Gemeinderatswahlen sowie bei den Ernennungen der Bezirksverwaltungscommissionen hat unsere Partei große Erfolge zu verzeichnen gehabt. Bei den Parlamentswahlen haben wir im Wahlkreis Teplitz-Lann 55.000 von den 190.000 deutschen Stimmen erhalten, so daß jeder vierte deutsche Wähler sozialdemokratisch gewählt hat. Das zu Pfingsten veranstaltete Kreisfest wird mit dem 5. Kreis des Arbeiterturn- und Sportverbandes gemeinsam in Teplitz abgehalten werden. Nach den Berichten sprach über die politische Lage Genosse Dr. Czich, dessen Referat wir an anderer Stelle wiedergeben.

Am Sonntag Vormittag wurden die letzten Berichte erstattet, worauf in einer lebhaften Wechselrede alle Probleme gründlich behandelt wurden. Die sodann vorgenommenen Wahlen in die Kreisführerschaften ergaben die Wahl des Genossen Krumer zum Kreisvertrauensmann. Zum ersten Stellvertreter wurde Genosse Hofbauer gewählt. Die Konferenz nahm sodann eine Reihe von Anträgen an, von denen besonders der über die Durchführung einer Werbekaktion in der Zeit vom 1. bis 9. Mai genannt werden muß. Ferner wurde beschlossen, die Kreisorganisation dem derzeit geltenden Wahlkreis Lann anzupassen; die Bezirke Raaben, Boderjam und Weipert werden daher an die Kreisorganisation Karlsbad abgetreten, der Gerichtsbezirk Lobositz wird an die Kreisorganisation Teplitz angeschlossen. Ab 1. April wird der Mitgliedsbeitrag von 2 K auf 2.50 K, von 4 K auf 5 K und von 6 K auf 7.50 K erhöht.

Sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag
Böhmerwaldhilfe.

Die nächste Sitzung des Böhmerwald-Komitees findet Freitag, den 12. März 1926, um 8 Uhr im Sitzungszimmer des Bildungsvereines Deutscher Arbeiter, Prag, Smeklagasse Nr. 27, statt.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Donnerstag, den 11. ds., 8 Uhr abends in der Administration des „Sozialdemokrat“: Seminarabend „Die österr. Revolution“. — Freitag, den 12. ds., 8 Uhr abends im Karolinum (Eifeng.), Hörsaal II, Vortrag des Gen. Dr. Franzel über „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung“. Partei- und Jugendgenossen als Gäste willkommen. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgr. Prag. Mittwoch, den 10. März Monatsversammlung im „Berein Deutscher Arbeiter“, Prag II., Smekla 27, um 8 Uhr abends. Die Jugendgenossen und Genossinnen mögen sich vollständig und pünktlich einfinden.

VERLANGT UEBERALL



Kunst und Wissen.
Die Sankt Jakobsfahrt.

Ein Legendenpiel von Diegen Schmidt.

Es ist bezeichnend für das Prager deutsche Theater, daß ein wirklich interessantes Stück, die erste ernst zu nehmende neuere Dichtung, die mit Ausnahme von Werfels „Juarez“ in dieser Spielzeit hier über die Bretter ging, als Vereinsvorstellung erscheinen muß. Der literarisch-künstlerische Verein hat dem Deutschböhmen Diegen Schmidt endlich in seiner Heimat — soweit man Prag und Brüx verwechseln darf — Gehör verschafft. Die „Sankt Jakobsfahrt“, über deren geistesgeschichtliche Bedeutung ausführlich zu urteilen, wir uns vorbehalten, ist ein Legendenpiel, kein Drama in unserem Sinne. Sie setzt Motive des Handelns voraus, die dem modernen Menschen unverständlich sind und bleibt uns auch in der besten Aufführung eben legendär, psychologisch entrückt. Das ändert ebensowenig wie die (leineswegs politische) Tendenz, die eher ein Kulturbekenntnis als eine bereits ausgereifte Weltanschauung enthält und verhält sich von der wir ein andermal reden wollen, etwas daran, daß Diegen Schmidt ein wirklicher Dichter ist, kein Stückeschreiber oder Literat.

Die Aufführung selbst hatte Niveau und vor allem Ziel, worunter sie litt, das war der enge Raum. Dieser gehört nicht in einen Kammertheater, das familiäre Zusammensein der Vereinsinteressenten im engen Raum verträgt sich nicht gut mit der Legende, die am ehesten in ein Waldtheater gehörte.

Ueber den Wert des pseudo-gotischen Leitwandbogens, der das Bühnenbild säumt, ließe sich streiten, es ist nicht alles Gotik, das Spizen hat. Die bunten Bilder dagegen waren gut, gerade weil sie nicht gezwungene Kopien aus der Heidelberger Lederhandschrift waren. Sie wirkten mangelhaft nur der kleinen Bühne und der kleinen Distanz zwischen Bühne und Publikum wegen. Ansonsten waren sie ein plätscher sinnvoller Hintergrund für die Szene, auf der neben einheimischen Theaterkräften ein Gast (H. Markgraf) und eine Reihe Dilettanten auftraten. Und es war durchaus erfreulich, festzustellen, daß die eifrigen Dilettanten sich gut neben den junfthmigen Nimen hielten. Das deutsche Theater könnte manches lernen. Warum kann eine kleine Epochenrolle im Theater nicht so gut besetzt sein wie hier die des Stadtschreibers mit der auf-fallend hübschen Anita Rischel, die mit ein paar kleinen Sätzen brillierte? Warum kann man die tausenden Theateraufführungen nicht mit einem Reigen erleben, wie er von den fleißigen Valerogeschülerinnen Grete Eppingers mit Temperament genozt wurde? Weniger als das Auge, das sich an den Tänzerinnen unruhig freuen konnte, kam das Ohr auf seine Rechnung. Ueber die Dissonanzen Erich Wachtels sei uns jedes Urteil erpart. Unter den Darstellern ragte Heinz Leo Fischer

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rieckner.
Druck: Deutsche Rettungs-N.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Holl.

herbor, dem es gelang, in jedem Wort und in jeder Geste ein fünfzigjähriger zu sein. Er schuf eine rührende Parfalsgestalt. Otto Ströhl in über-rosche durch reifes Können in der schweren Haupt-rolle des Schwaben. Ihm sei nur geraten, weniger zu taumeln und weniger am Worte zu würgen; man glaubt ihm bei seinem Spiel die seelische Erregung auch ohne diese unnützen Behelfe. Für den Darsteller und das Stück wäre es wohl auch besser, wenn das ganz unwesentliche Schwablen des Heigerlobers unterbliebe. Anne Markgraf war als blut-junge Verführerin temperamentvoll, still und schön. Sie erinnerte an hier lang nicht erlebte Leistungen, an Sonit Reiner und Hilde Wogener. Man würde sie sicher gern an der Prager Bühne nicht nur als Gast sehen. Vom Theater wirkten noch mit: Reinhardt Renner, Rösner, Rede Issh und Reich, die zum Teil gewohnt gute, zum Teil bessere Leistungen als sonst boten. Neben ihnen sei den durchwegs braven Dilettanten ein Generallob erteilt. Die mit starkem Erfolg aufgenommene Festaufführung bewies, daß man auch in Prag noch Theater spielen kann, es gehören nur Liebe zur Sache, jugendlicher Eifer und guter Wille dazu. Der Dichter, die Darsteller und Friedrich Hölzlin, der die musterhafte Regie führte, wurden wiederholt gerufen.

Ein Attentat auf das deutsche und ungarische Theater in Bregburg.

Aus Bregburg wird uns geschrieben:
Am 31. März dieses Jahres geht der Kontrakt zu Ende, den der tschechoslowakische Theaterdirektor Oskar Kebab mit der Stadt geschlossen hat. Es muß also jetzt zu einem neuen Kontraktabschlusse kommen. In allen mit dem Theater kulturell verbundenen Kreisen wurde erwartet, daß nun der ganze Komplex der Theaterfrage in Bregburg aufgerollt und geregelt wird. Die Lösung dieses Problems sollte in einer, die Deutschen und Ungarn der Stadt zufriedenstellenden Weise geschehen. Der Stadtrat machte in wiederholten Malen Eingaben an das Ministerium für die Slowakei, in welchen eine gerechte Einteilung der Spielzeiten verlangt wurde und es verging fast keine Sitzung des Gemeinderates, in der nicht in der Theaterfrage interpelliert worden wäre. Wollte man doch auch einmal wissen, was höheren Ortes in der Theaterfrage einer Stadt, in der mehr als 40.000 Deutsche wohnen, geplant wird. Auf alle Anfragen wurde vom Bürgermeister die Antwort gegeben, daß bisher eine Entscheidung nicht getroffen wurde und daß, ohne die Wünsche der nationalen „Minderheiten zu hören, ganz sicher auch nicht entschieden werden wird. Am 1. April d. J. hätten die Deutschen ihre zweimonatige Spielzeit beginnen sollen. Nach ihnen wären die Ungarn auf zwei Monate an die Reihe gekommen. Acht Monate des Jahres spielt der tschechoslowakische Direktor. So war es bis jetzt. Nun hat aber der Minister kurzerhand entschieden, daß die deutsche Spielzeit und auch die Spielzeit der Ungarn auf je einen Monat gekürzt, dem tschechoslowakischen Direktor aber zehn Monate Spielzeit des Jahres eingeräumt wird. Die Entscheidung des Ministers

wurde über die Köpfe der Minderheiten hinweg getroffen und auch die Stadt, die Eigentümerin des Theaters ist und die das Verfügungsrecht über das Theater hat, wurde nicht gefragt. Dieses Vorgehen hat die ganze Bevölkerung in fast unfaßbare Erbitterung veretzt, und obwohl man es sich hier abgewöhnt hat, auf die Meinung der Bevölkerung und ihren Willen viel zu geben, wird man diesmal einsehen lernen, daß man sich denn doch nicht alles erlauben darf. Schon spricht man davon, daß die deutsche und ungarische Bevölkerung der Stadt den tschechoslowakischen Direktor, der sich hier nur durch die Aufführung von Sing-spielen, Opern mit Balletteinlagen erhalten kann, weil eben in diese Vorstellungen auch die Deutschen und Ungarn gerne gehen und die einen internationalen Charakter haben, boykottieren wird. Diese Antwort, wenn sie tatsächlich in der geplanten energischen Form gegeben wird, dürfte auch das Los des tschechoslowakischen Direktors entscheiden, denn er war in der eben abgelaufenen Spielzeit aus materiellen Gründen förmlich gezwungen, deutsche Vorstellungen in eigener Regie zu geben, um sein Defizit zu verkleinern. Der Stadtrat hat die Absicht, das Theater überhaupt zu sperren, solange keine Entscheidung, die alle Teile befriedigt, getroffen wird. Der Bürgermeister warnt allerdings vor übereiligen Beschüssen und meint, man müßte sich auf einen abwartenden Standpunkt stellen. Die Bevölkerung ist derart verbittert, daß dieses Abwarten nicht lange dauern kann.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch um halb 8 Uhr abends „Papa“, Donnerstag abends halb 8 Uhr „Die Geisha“, Freitag „Einen Jux will er sich machen“, Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Mascottchen“, 7 Uhr „Aida“, Montag halb 8 Uhr abends „Das Mahl der Spötter“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends „Die Rama vom Ballett“, Donnerstag abds. „Jonny's Busenfreund“, Freitag abends „Phygmalion“, Samstag abends „Die Rama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Der Reibelreis“, abends „Jonny's Busenfreund“, Montag „Lady Fanny und die Diensthötenfrage“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ausschussung am Mittwoch, den 10. März, um halb 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter.

Turnen und Sport.
Winterporttag in Oberwiesenthal.

Wir erhielten am 9. März 1926 folgendes Ex-preshreiben des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes:

„Die Winterportkämpfe können nun bestimmt am 13. und 14. März 1926 in Oberwiesenthal abgehalten werden. Die Schneeverhältnisse sind sehr günstig. Wir rechnen noch bestimmt auf Eure Teilnahme und bitten, für Massenbesuch zu sorgen. Bitte in den Tageszeitungen auf die Wettkämpfe aufmerksam zu machen.“

Mit Bundesgruß: R. Bühnen.

Es ist selbstverständlich, daß wir unser gegebenes Versprechen halten und so zahlreich wie nur möglich unsere deutschen Genossen unterstützen werden.

Die Wettkämpfer sollen ihre Abfahrt so eintreten, daß sie mindestens Freitag abends in Schmiedeberg (Straße Komotau-Weipert) eintreffen. Dort werden sie von den Böhmen-Wiesenthaler Genossen erwartet. Die alten Nennungen behalten ihre Gültigkeit. Die Listen führt der Gen. Reizner, der auch in allen notwendigen Dingen Auskunft erteilt. Die an Oberwiesenthal grenzenden Bezirke des 5. und 6. Kreises fordern wir auf, am 13. und 14. März durch einen Massenbesuch unsere Anteilnahme und Solidarität zu zeigen.

Für die Bundesleitung:

Der Sekretär: G. Müller. Der Winterportwart: Richard Reizner.

Ein neuer deutscher Rekord im 100 Meter-Seitenschwimmen wurde im Ruhrort von Dahlem mit 1:11, 2 aufgestellt.

Dem Berliner Schwimmverein Vorwärts 1897 ist es mit Genehmigung des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes nach langjährigen Bemühungen gelungen, eine russische Schwimmermannschaft aus Leningrad nach Berlin zu verpflichten. Die russischen Sportler, die bereits für Freitag in Berlin erwartet wurden, sind erst am Montag eingetroffen. Die Kämpfe, die bei der außerordentlich guten Verfassung der Leningrader Schwimmer sehr guten Sport versprechen, begannen am Dienstag und ziehen sich bis zum Sonntag hin. Die größten Berliner Arbeiter-Schwimmervereine werden gegen die Russen antreten. Die Hauptkämpfe finden am kommenden Samstag und Sonntag in der geräumigen Schwimmhalle des Berliner Stadtbades Wedding statt.

Am Sonntag fand in Dresden ein Städte-kampf der freien Fußballer zwischen Dresden und Chemnitz statt, der mit 5:4 zugunsten von Dresden endete.

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Prager Filmbörse.

Der bekannte geschichtliche Roman von E. L. Bulwer „Die letzten Tage von Pompeji“ ist ein derart farbenreiches und bis in die kleinsten Einzelheiten durcharbeitetes Werk, daß er jedes Drehbuch überflüssig macht und auf Grund seiner hochdramatischen, fesselnden Handlung für die Verfilmung wie geschaffen ist. Das Buch ist auch schon zweimal verfilmt worden, so daß vorliegendes Ergebnis der „Sozietä Italiana Grandi-Films“ schon die dritte Verfilmung des dankbaren Stoffes darstellt. Die großartig angelegte Handlung darf schlechthin als bekannt vorausgesetzt werden, da der Roman besonders in der deutschen Literatur wohl zu den meist gelesenen zählt. Es gibt doch in der gesamten Weltliteratur kein anderes Werk, das den grauenvollen Untergang der beiden Städte Herculaneum und Pompeji infolge des Ausbruchs des Vesuvius im Jahre 79 n. Chr. anschaulicher und klassischer schildern würde. Das Schwermüßige an der Verfilmung ist natürlich der Aufbau der einstigen Stadt mit allen ihren Bauten und dann die glaubwürdige Darstellung ihres Unterganges; in dieser Beziehung ist den Italienern unbestreitbar ein Stück Arbeit gelungen, die nicht genug hervorgehoben werden kann. Die einstige Stadt entsteht vor unseren Augen in all ihrer gewesenen Pracht, mit all den einstigen römischen Sitten und Gebräuchen, Gewändern und Wohnheiten, so daß der Film in dieser Hinsicht zu einem erzieherischen Kulturwerk ersten Ranges gezählt werden muß. — An der Vorlage selbst wurde fast gar nichts geändert und der ganze umfangreiche Stoff in zwei Wochen aufgeteilt. Der erste Teil endet mit der Befreiung Jones aus den Händen des Ägypters Arbares; es ist entschieden eine Schwäche des Filmes, denn in der ganzen ersten

Epöche befindet sich außer dieser beabsichtigten Verführung Jones gar nichts Dramatisches und die Handlung rollt ziemlich behäbig ab. Der Höhepunkt der zweiten Epöche ist natürlich der Untergang Pompejis, der in derart meisterhaften Aufnahmen festgehalten ist, daß man diese Bilder wahrlich als eine Spitzenleistung ansprechen muß. Dagegen sind die Szenen in der Arena zu wenig filmisch ausge-nutzt worden. — Die Besetzung muß als erstklassig bezeichnet werden. Den jungen Griechen Mantus, der im Mittelpunkt der Lebewelt Pompejis steht, verkörpert Michael Barlow. Seine Geliebte Jone spielt die als „Messalina“ berühmte Rina de Liguoro. Maria Korda als die blinde Skavin Rhodia schafft eine ebenso schöne, wie ergreifende Gestalt, tragisch vom ersten Auftreten bis zu dem selbstgewählten Ende. Die dritte weibliche Figur des Filmes ist die schöne Julia der Livia Maris. Doch die auffallendste Gestalt ist die des dunklen Magiers aus Ägypten, dargestellt von Bernhard Goetzke, der damit wieder eine unvergessliche Rolle schafft. Der Schauspieler ist uns Deutschen schon zur Genüge bekannt, als daß man auf ihn besonders aufmerksam machen müßte. Seine Jnderrollen haben ihn berühmt gemacht: den ersten spielte er in dem ersten deutschen Großfilm „Veritas vincit“ und wurde dadurch mit einem Schläge berühmt. Dann folgten Filmgestalten, wie Iwan in „Die Brüder Karamasow“, Lubjanz in „Jagd nach dem Tode“, Bogji Romigani in „Indisches Grabmal“, „Der müde Tod“, Staatsanwalt von Wend in „Dr. Mabuse“, Fürst Menschikow in „Peter der Große“ und der Sänger Bolker in „Die Riblungen“. Nur Bernhard Goetzke hat diese künstlerischen Fähigkeiten, um einer ähnlichen Rolle wie die des Arbares gerecht werden zu können, und nur er kann mit seiner folgen, un-burdbringlichen Abgemessenheit alle Feinheiten aus der Gestalt künstlerisch vollendet herausheben. Auch die anderen tragenden Rollen sind von guten Schau-

spielern besetzt und die Regisseure Galloni und Valermi haben ganze Arbeit geleistet, sowohl bei der Auswahl der Künstler als auch bei den gediegenen Ergänzungsbauten zum alten Pompeji, das mit all seinen schimmernden Säulen, Palästen, Bädern, mit seinem Marktplatz, Theater und Zirkus ein anschauliches Bild einer Zeit entrollt, die längst verschwunden ist und uns bloß in literarischen Werken, nicht aber in überzeugenden Filmbildern, gleich großartig angelegt, begegnet.

Reginald Denny macht sich unter den amerikanischen Komikern langsam, aber sicher einen nicht mehr zu unterschätzenden Namen. Wenn heute Chaplin, Gaiety und Frigo zu bestimmten Typen geworden sind, macht anscheinend auch der sympathische Reginald Denny erste Anläufe dazu. Das beweist wieder einmal das nette Universal-Lustspiel „Denny — der Sieger Kaliforniens“ (Der Feld ihrer Träume). Der Film ist recht allig zusammengesetzt und weist einige glückliche, neuartige Einfälle auf. Köstlich ist die Szene, wo Denny seine schmollende Geliebte mit den schnüßigen Klängen eines Gramophons an sich lockt, glänzend die Gestalt des Negers Sambo, der gleich seinen übrigen Landsleuten wie niemand anderer für Grotesken geschaffen ist. — Die beiden anderen Universal-Filme sind eine seltsam verunglückte Mischung von Stummfilm und Spielfilm, besonders die „Herrin des Urwaldes“ (Das Mädchen von der verlassenen Insel) ist eher eine Kinderangelegenheit als eine Sache für Erwachsene. Norman Kerry und Patsy Ruth Miller in den Hauptrollen können das an manchen Stellen unmögliche Stück auch nicht retten. Eine ebenso gezwungene und unwahr-scheinliche Geschichte ist der „Auf aus dem Jenseits“ (Wenn Tote sprechen) mit Art Acord, Schulbeispiele von Filmen, wie sie farblos und flacher kaum sein können. G. W. Schimbera.

Laden Sie
Ihren Akkumulator
zu Hause mit dem
PHILIP'S GLEICHRICHTER